G 74 48 E

Beilage: Vorschriften für den zivilen Bevölkerungsschutz

ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ ZB

Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz Bibliothek
27. AUG. 1963

Unser Bild zeigt Lehrvorführungen mit Feldkochherden während eines Informationslehrganges des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz für Angehörige der LSHD-Aufstellungsstäbe. Zu unserem Bildbericht im Innern des Heftes.

- Im Wohlstand an Notstand denken
- Kommt ein Zivilschutzkorps?
- Das System der Luftverteidigung
- Schutzräume in der Sowjet-Union

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesluftschutzverband
Nr. 8 · August 1963 · 8. Jahrgang
Preis des Einzelheftes DM 1,50

Ein Unglück kommt selten allein . . .

Die Unfallstatistik beweist: Oft warten zwei oder drei Verletzte am Unfallort auf Hilfe! Diese Erfahrung muß bei der Anschaffung eines Krankenwagens ausschlaggebend sein. Wäre es nicht kurzsichtig, nur an den Kranken-Einzeltransport zu denken?

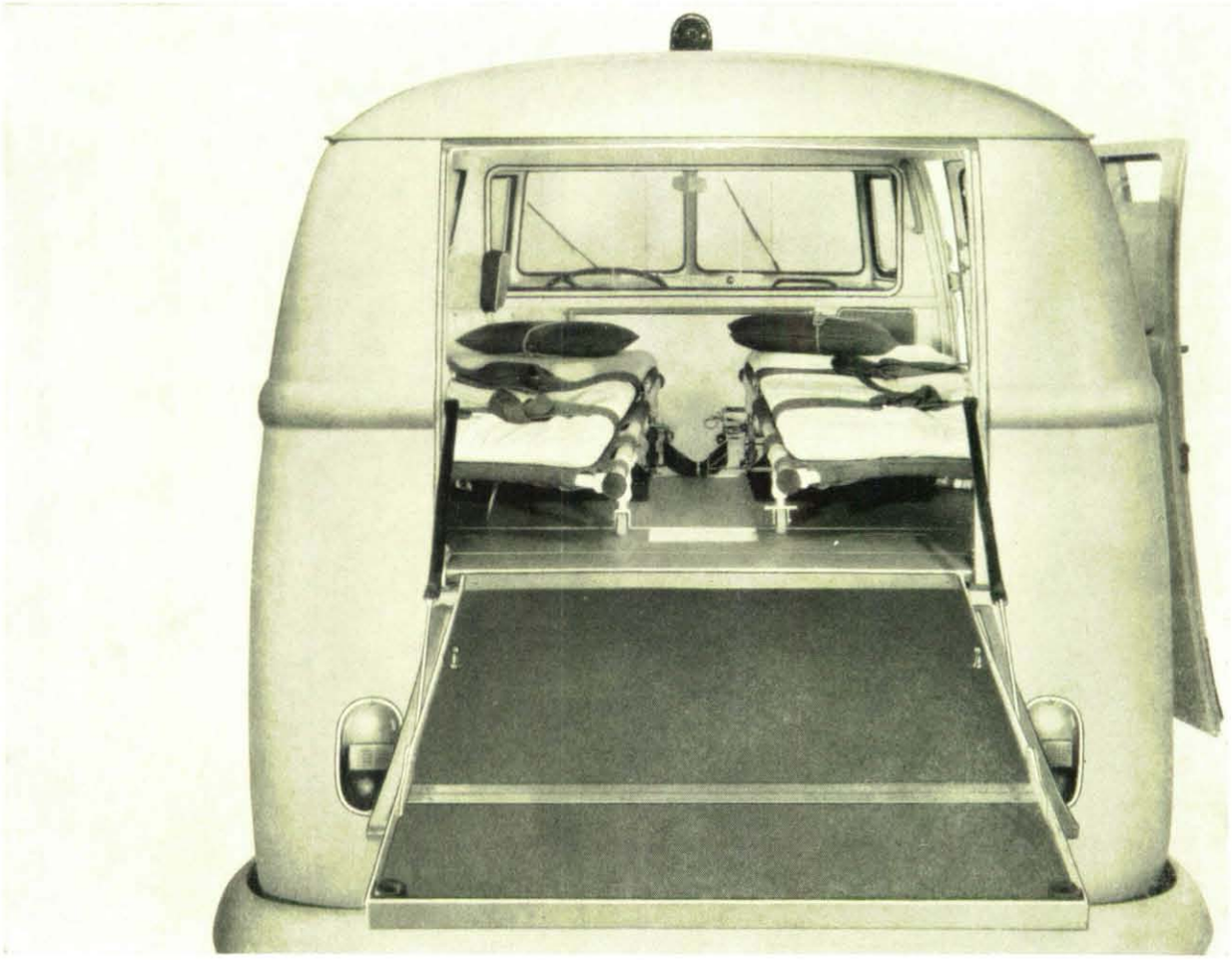
Der VW-Krankenwagen ist eine fahrende Rettungsstation, weil er gleichzeitig 3 Verletzte befördern kann. Darüber hinaus: Arzt oder Helfer haben alle Bewegungsfreiheit, sofort einzugreifen — bereits während der Fahrt ins Krankenhaus!

Zwei Krankentragen und ein Krankentragesessel, oder — wenn eine Trage frei bleibt — ein weiterer Krankentragesessel stehen für Verletzte und Kranke bereit. Klappsitz, großer Betreuungsschrank, Ablagen für Arm- und Beinschienen — das ist die Ausrüstung für das Begleitpersonal. Außerdem ist reichlich Platz für Sanitätskasten und Sauerstoffgerät.

Unfallkommandos, Feuerwehr und Krankenhilfsorganisationen, Werk-, Werft- und Gruben-Unfalldienste — alle leisten im Ernstfall mit dem VW-Krankenwagen schnelle, wirksame und umfassende Hilfe! Seine Ausstattung: reichhaltig, durchdacht, zweckmäßig! Sein Raum: großzügig bemessen! Sein Preis: niedriger als es dieser hohe Gegenwert vermuten läßt!

Darum: Entscheiden Sie sich für die größtmögliche Hilfe. Entscheiden Sie sich für den VW-Krankenwagen!

Volkswagenwerk AG Wolfsburg



ZB 8

1963

INHALT

Im Wohlstand an den Notstand denken .. 1

Selbstschutz — Wissenschaft oder praktische Aufgabe. Von Walter Mackle 2

Das System der Luftverteidigung. Von Major Kay Lundt 4

Rußlands zwei Gesichter. Der Bau von Schutzräumen in der Sowjetunion. Von Herbert Alboth 10

Kommt ein Zivilschutzkorps? Von Oberregierungsrat Hölder 12

Schnell und zuverlässig. Feldkochherd für Katastrophenfälle 14

ZB im Bild 16

Die technischen Dienste im THW, Spezialausbildung in Moers 18

Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Aufbau des BLSV 20

Ehrennadel des BLSV für Präsident Dr. Schmidt 20

ABC-Waffen. Wirkung und Abschwächungsmöglichkeiten. Ein neues Handbuch 21

Neue Bücher 27

50 Jahre Deutsche Lebensrettungsgesellschaft 28

Landesstellen berichten 30

Bis jeder Handgriff sitzt. Eine LSHD-Übung III

Herausgeber: Bundesluftschutzverband, Köln

Bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts

Chefredakteur: Fried. Walter Dinger, Redakteure: Helmut Freutel, Alfred Kirchner, Dr. phil. Clemens Schocke, alle in 5000 Köln, Merlostraße 10—14, Tel. 7 01 31, Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung: Münchner Buchgewerbehaus GmbH, 8000 München 13, Schellingstraße 39—41, Tel. 22 13 61. Für den Anzeigenteil verantwortlich: L. G. Modl. Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste 3/D. Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Bei Einsendungen Rückporto beifügen. Für unverlangte Beiträge keine Gewähr. — Photomechanische Vervielfältigungen für den innerbetrieblichen Gebrauch nach Maßgabe des Rahmenabkommens zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie gestattet. Als Gebühr ist für jedes Blatt eine Wertmarke von DM —,10 zu verwenden. — Diese Zeitschrift erscheint monatlich. Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto (Österreich: öS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80, Italien: L 250). Abonnement: vierteljährlich DM 4,50 zuzüglich DM 0,09 Zustellgebühr. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß spätestens an dessen erstem Tag beim Verlag eingehen. Bestellungen bei jedem Postamt oder beim Verlag.

Im Wohlstand an den Notstand denken!

Große Aufklärungsaktion für den Zivilschutz

In der Bevölkerung, in Presse und Rundfunk werden in wachsendem Maße die Probleme erörtert, die sich für den Einzelnen und für die Gesamtheit aus den Gesetzen ergeben, die bei dem herbstlichen Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit in Bonn ihre letzte Fassung bekommen werden: Selbstschutzgesetz und Schutzbaugesetz. Um ein allgemeines Verständnis für die Notwendigkeit beider Gesetze in der Öffentlichkeit zu erzielen, wird es in den kommenden Monaten erforderlich sein, die Aufklärungsarbeit erheblich zu verstärken und zu erweitern. Der Zivilschutz und insonderheit der zivile Selbstschutz werfen zahlreiche praktische Fragen auf, die jeden angehen und denen sich niemand entziehen sollte, ganz gleich wie die gesetzlichen Verpflichtungen aussehen werden, die dem einzelnen Bürger zufallen.

Der Bundesluftschutzverband hat ein großes Aktionsprogramm ausgearbeitet, das bereits in diesem Monat anläuft und etwa Ende November abgeschlossen sein soll. Seine wichtigsten Punkte: Die Fachzeitschrift „Ziviler Bevölkerungsschutz-ZB" wird zwei ihrer nächsten Ausgaben umfassend den Themen „Selbstschutz" und „Schutzbau" widmen und in Fachartikeln diese beiden Komplexe darstellen. Der vorbereitenden Mithilfe von Presse, Rundfunk und Fernsehen dienen zahlreiche Pressekonferenzen und Informationstagungen für Journalisten. In Ausstellungen und Veranstaltungen der verschiedensten Art soll die Öffentlichkeit auch durch eigene Betrachtung von Modellen und anderen Schaustücken und durch kombinierte Aktionen in Form von Filmvorführungen, Aufklärungsschriften und Selbstschutzübungen Gelegenheit finden, sich zu orientieren und sich selbst ein Urteil vom jetzigen Stand des Zivilschutzes und seinem weiteren Ausbau machen zu können. In ständigem Einsatz sind die große Fahrbare Ausstellung, die Filmwagen des BLSV und die Aufklärungsredner, die landauf und landab in Veranstaltungen des BLSV oder befreundeter Organisationen sprechen werden. Streuprospekte in Millionenauflagen sind vorbereitet und gelangen zur Verteilung. Ende September/Anfang Oktober werden zwei neue Plakate des BLSV in der ganzen Bundesrepublik angeschlagen. Eines dieser Plakate bringen wir als Rücktitel in dieser Ausgabe der „ZB". Anzeigen in der Presse und Beilagen in Lesezirkelmappen runden das Aufklärungsprogramm des BLSV ab, dessen Ziel es ist, die Öffentlichkeit sachlich und ohne jede Beschönigung mit dem Ernst der Gefahren und den Möglichkeiten vorbeugender Maßnahmen vertraut zu machen und eine Bereitwilligkeit für solche Schutzmaßnahmen zu schaffen. Wenn sich aus dieser Bereitwilligkeit heraus auch eine freiwillige Betätigung vieler Bürger als aktive Helfer im BLSV und im zivilen Selbstschutz ergeben sollte, wird sich die Mühe gelohnt haben, die zur Durchführung des neuen BLSV-Aufklärungsprogramms aufgewandt werden muß. fwd

Walter Mackle

Selbstschutz – Wissenschaft

Wer das Wesen des Selbstschutzes im zivilen Bevölkerungsschutz kennt — sei es nun aus praktischer Kriegserfahrung oder auch nur, weil er sich ernsthaft und nüchtern damit befaßt hat —, für den ist die hier gestellte Frage überflüssig. „Selbstverständlich eine praktische Aufgabe", wird er sagen und hat damit zweifellos recht. Aber ist diese Tatsache wirklich für alle, die sich mit Selbstschutzarbeit, mit Aufklärung und Ausbildung befassen, wirklich so selbstverständlich?

Die Erfahrung zeigt, daß der Hang, aus dem Selbstschutz eine Wissenschaft zu machen, sowohl bei Ausbildern und Luftschutzlehrern als auch bei Aufklärungsrednern und -sprechern schon früher vorhanden war und auch heute wieder häufig festzustellen ist. Vor dem zweiten Weltkrieg waren es besonders die chemischen Kampfstoffe, die es den Luftschutzlehrern angetan hatten. Trotz aller gegenteiligen Bemühungen der für die Ausbildung im Selbstschutz und im Werkluftschutz verantwortlichen Stellen wurde immer wieder in chemischen Formeln geschwelgt und ganze Schultafeln damit bedeckt; bedauernswerte Zuhörer wurden veranlaßt, zungenbrechende Kampfstoffnamen zu erlernen, die sie doch wieder vergaßen, während die eigentlich wichtigen Fragen: „In welcher Form können Kampfstoffe auftreten, wie kann man sie erkennen, wie wirken sie, wie kann man sich dagegen schützen und was ist bei vermuteter Kampfstoffschädigung zu tun?" oft wegen Zeitmangels nur kurz gestreift werden konnten.

Unnötige Spezialkenntnisse

Im Kriege kam eine neue „Wissenschaft" dazu und fand nicht weniger begeisterte Anhänger: Anstatt sich bei der Behandlung hochexplosiver Bomben mit der Erklärung von Splitter-, Spreng- und Minenbomben und ihren verschiedenen Wirkungen zu begnügen, stürzten sich besonders gründliche „Dozenten" in tiefschürfende Erörterungen der chemischen Zusammensetzung aller bekannten Sprengstoffe und ihrer Eigenarten. Ein für technische Enthusiasten besonders anziehendes Gebiet waren wiederum die Zünderarten. Ihnen genügte es beileibe nicht, die für das selbstschutzmäßige Verhalten wichtige Unterscheidung zwischen Sofort-, Verzögerungs- und Langzeitzündern im Hinblick auf ihre praktischen Auswirkungen kurz und klar darzulegen; sie vergeudeten die kostbare Zeit mit detaillierten Ausführungen über Aussehen, Konstruktion und Wirkungsweise der einzelnen Zünderarten, Dinge, die allenfalls Feuerwerker und Hilfskräfte der Bombenräumkommandos interessieren konnten. Auch hier immer wieder das gleiche Ergebnis: Die für den Selbstschutz wichtigen Fragen nach der tatsächlichen Gefahr, den gegebenen Schutzmöglichkeiten und dem Verhalten des einzelnen diesen Angriffsmitteln gegenüber kamen oftmals gegenüber solchen überflüssigen theoretischen Erörterungen viel zu kurz. Diese aber waren nutzlos und im übrigen vergessen, wenn die Bomben vom Himmel heulten und in ihren Detonationen die Häuser zusammenstürzten. Genauso interessierte keinen Selbstschutzhelfer, der verzweifelt gegen eine Vielzahl von zischenden Stabbrandbomben und aufflammenden Entstehungsbränden kämpfte, der ihm zuvor an Modellen und Schautafeln so liebevoll und langatmig demonstrierte, verblüffend einfache Zündmechanismus in diesen Brandbomben.

Man sollte glauben, wir hätten eines aus dem Kriegsgeschehen gelernt und beherzigt, nämlich die Tatsache, daß es im Selbstschutz einzig und allein auf die einfachen Fragen ankommt: Welche Angriffsmittel haben wir zu erwarten? Wie erkennen wir sie? Wie wirken sie auf Mensch, Tier, Gebäude und sonstige Objekte? Wie können wir uns schützen? Welche Hilfeleistungen sind nötig und möglich, und welche Hilfsmittel stehen uns dafür zur Verfügung? Und weiter, daß es darauf ankommt, diese Fragen so klar und einfach wie möglich zu beantworten.

Strebsamkeit am falschen Platze

Indessen erleben wir auch heute in Aufklärung und Ausbildung wieder das gleiche Schauspiel wie früher. Neben vielen vernünftigen Rednern, Ausbildern und LS-Lehrern, die erkannt haben, worauf es ankommt, stehen andere, die sich wieder an der Wissenschaft berauschen und, anstatt vernünftige Selbstschutzaufklärung und -ausbildung zu betreiben, graue Theorien verzapfen, mit denen im Ernstfall nichts anzufangen ist. Besonders häufig zeigt sich diese Tendenz bei dem Komplex „Atomschutz", der besonders dazu herauszufordern scheint, sich ausgiebig in den Gefilden der Atomphysik zu tummeln. Dabei ist es heute — wie auch früher — interessant, festzustellen, daß es in der Regel gar nicht die Wissenschaftler sind, die ihre Zuhörer mit fruchtlosen Theorien vollstopfen, sondern vielmehr Helfer aus den verschiedensten Berufen und Lebensbereichen, die sich mit Begeisterung und Wissensdurst in die schwierige Materie hineingearbeitet haben und nun von ihrer Sendung erfüllt sind, das Gelernte mehr oder weniger richtig an eine ergriffene Zuhörerschaft weiterzugeben. Aus durchaus ehrenwerten Motiven in den einen Fällen, vielleicht auch aus einem gewissen Geltungsbedürfnis heraus in anderen Fällen, entstehen so die leidigen Pseudo-Wissenschaftler, die man leicht erkennen kann, auch wenn sie nicht gerade im weißen Kittel auftreten. Hier liegt eine dreifache Gefahr für den Erfolg der Selbstschutzausbildung:

Auf der einen Seite beanspruchen die oft viel zu langatmigen Ausführungen über Aufbau der Atome, Kernspaltung, Kernverschmelzung und andere Vorgänge einen großen, wenn nicht den größten Teil jener Zeit, die eigentlich für die Erklärung der Waffenwirkungen, des selbstschutzmäßigen Verhaltens und der zu treffenden Schutzmaßnahmen vorgesehen und nötig ist. Zum zweiten werden diese komplizierten Vorgänge von einem Teil der Zuhörer doch nicht richtig verstanden, und sie werden eher verwirrt als ins Bild gesetzt. Endlich aber läuft der Vortragende selbst — sofern er nicht über eine solide wissenschaftliche Ausbildung verfügt — Gefahr, in einer Diskussion von Fachleuten in die Enge getrieben zu werden. Daraus können peinliche Situationen nicht nur für ihn, sondern auch für den BLSV, den er ja vertritt, entstehen, die besser vermieden werden sollten.

Was hier zum Thema „Atomschutz" gilt, trifft natürlich auch auf alle anderen Gebiete zu, die zu theoretisch-wissenschaftlichen Exkursionen verleiten, ob es nun die chemischen Kampfstoffe und biologischen Kampfmittel, Fragen des baulichen Schutzes oder andere Themen sein mögen. Ebenso wie der Unterricht über Erste Hilfe von Ärzten keineswegs dazu mißbraucht wird, medizinische Vorlesungen zu halten, wie die Fragen der Lebensmittelbevorratung keinen vernünftigen Menschen dazu verleiten werden, einen Vortrag über Lebensmittelchemie daraus zu machen, müssen wir uns auch bei allen anderen Fachgebieten einer der Selbstschutzaufgabe entsprechenden Beschränkung auf das Wesentliche befleißigen. Aufklärung, theoretischer Unterricht und praktische Ausbildung müssen immer von der voraussichtlichen Lage des Selbstschutzes im Verteidigungsfall ausgehen und so gestaltet werden, daß die Lernenden einen wirklichen Nutzen für die praktische Selbstschutzarbeit haben.

Grundsätzlich: Wissensreserve

Man mag mir hier entgegenhalten, daß doch z. B. die LS-Lehrer eine gewisse Kenntnis der wissenschaftlichen Grundlagen besitzen sollten, um auf entsprechende Fragen wenigstens vernünftig antworten zu können. Ganz abgesehen davon, daß es keine Schande ist, zuzu-

oder praktische Aufgabe?

Die Bevölkerung, die in die Ausbildungs- und Aufklärungsveranstaltungen des BLSV kommt, erwartet Ratschläge für praktischen Selbstschutz und keinen Physikunterricht.

geben, daß man etwas nicht weiß, wird man Fragen, die weit über das Ziel hinausgehen, mit einem freundlichen Hinweis auf die gegebene Themenstellung abbiegen können; jedenfalls ist das besser, als sich in verzweifelten und nicht ganz hieb- und stichfesten Theorien zu ergehen.

Aber wir kommen hier auf einen anderen Punkt, der zu erwähnen mir wichtig erscheint: Die Forderung, daß der Vortragende, der Lehrer und Ausbilder eine Wissensreserve besitzen soll. Das heißt, daß derjenige, der anderen Menschen eine bestimmte Materie nahebringen und verständlich machen soll, in jedem Fall selber mehr davon wissen muß, als er im Rahmen seiner Aufgabe weiterzugeben hat.

Im Prinzip ist diese Forderung durchaus richtig und seit Jahren wird im BLSV danach verfahren. Der Ausbildungshelfer soll nach erfolgreich absolviertem Ergänzungslehrgang ein Wissen und vor allem praktisches Können haben, das etwas über die Erfordernisse der einfachen Selbstschutz-Grundausbildung hinausgeht; der Ausbilder muß in der Prüfung zum Erwerb der Ausbildungsberechtigung in Theorie und Praxis die Befähigung nachweisen, die Selbstschutz-Grundausbildung selbständig durchzuführen; der LS-Lehrer für die Orts- und Kreisebene erbringt in der Prüfung zum Erwerb der Lehrberechtigung den Nachweis einer Wissensreserve, die ihn zur Durchführung auch der auf der örtlichen Ebene vorgesehenen Fach- und Ergänzungslehrgänge befähigt; von den Lehrkräften der Landesschulen und der Bundesschule wird — entsprechend ihrer Ausbildungsaufgabe — noch mehr verlangt. Sinngemäß wird auch von den Aufklärungsrednern und -sprechern ein solides Wissen gefordert, das sie in die Lage versetzt, den gerade auf ihrem Arbeitsgebiet oft nicht ganz einfachen Diskussionen gegenüber bestehen zu können.

Die Wissensreserve ist also notwendig, und sie wird sich — je nach dem Rahmen, in dem der betreffende Helfer eingesetzt wird — mehr oder weniger weit auch in den Bereich wissenschaftlicher Grundlagen und Grundbegriffe erstrecken. Wichtig ist dabei nur, daß es eine Reserve des Wissens bleibt für solche Fälle, in denen z. B. die Frage eines Zuhörers eine über den Rahmen der vorgesehenen Erörterung hinausgehende Erklärung verlangt. Leider wird aber dieser Sinn der Wissensreserve oft nicht begriffen. LS-Lehrer und Ausbilder, ja schon der Ausbildungshelfer, der seinen Ergänzungslehrgang gemacht hat, meinen, sie müßten jetzt alles, was sie in Theorie und Praxis erlernt haben, unvermindert an andere weitergeben. Das kann in krassen Fällen dazu führen, daß beispielsweise schon in der Selbstschutz-Grundausbildung die unglücklichen Teilnehmer in der Kürze der Zeit mit Begriffen, Problemen und Theorien überschüttet werden, die mit ihrer eigentlichen Aufgabe wenig oder nichts zu tun haben. Ähnliche Erscheinungen sind bisweilen auch bei Aufklärungsveranstaltungen festzustellen, wenn der Redner über den Rahmen, der ihm gesteckt ist, hinausgeht und glaubt, den um ihn Versammelten in einem Zuge ein Konzentrat über die gesamte Materie geben zu müssen.

Beschränkung aufs Wesentliche

Zweifellos wird es Fälle geben, in denen vor bestimmten Zuhörergremien und mit entsprechender besonderer Zielsetzung auch wissenschaftliche Fachfragen erörtert werden müssen. Hier sollten aber jeweils als Vortragende nur wirkliche Experten des betreffenden Fachgebietes eingesetzt werden, die es verstehen, die schwierige Materie vom Wissenschaftlichen her in eine auch dem Außenstehenden verständliche Sprache zu übersetzen und gleichzeitig aus der Theorie die Folgerungen für die praktischen Aufgaben des BLSV und des Selbstschutzes zu ziehen und darzulegen. Die Einrichtung sogenannter „Fachvorträge", die ihrem Wesen nach zwischen Aufklärung und Ausbildung liegen, wird immer die Möglichkeit geben, dort, wo es angezeigt erscheint, auch wissenschaftliche Probleme und Randgebiete des zivilen Bevölkerungsschutzes zu behandeln.

Im ganzen gesehen aber heißt es für die Ausbildung wie für die Aufklärung im Selbstschutz: „Schuster bleib bei deinem Leisten!" Selbstschutz ist eine praktische Aufgabe und keine Wissenschaft. Davon müssen wir ausgehen. Es wird nicht immer leicht sein, die gebotene Beschränkung auf das Wesentliche und Einfache zu erzwingen. Um so wichtiger ist es, daß für alle Lehrgangsarten und zu jedem Thema in den verschiedenen Lehrplänen ganz klare Lehrstoffgliederungen ausgearbeitet und durch den Bundesluftschutzverband herausgegeben werden, die den Ausbilder und LS-Lehrer je nach dem Lehrgangsziel und Teilnehmerkreis veranlassen, seinen Unterricht nach Inhalt und Umfang entsprechend aufzubauen und alles schmückende Beiwerk wegzulassen. Aufgabe der Ausbildungsüberwachung wird es sein, ihr besonderes Augenmerk gerade hierauf und gleichzeitig auf die Vereinheitlichung der Ausbildung zu richten. Aber auch auf dem Gebiete der Aufklärung wird es entsprechender Maßnahmen bedürfen, um eine weise Beschränkung auf das Wesentliche zu erreichen.

Oben: Alle Theorie ist grau. Darum soll auch beim Erlernen der Bedienung von Strahlenmeßgeräten die Praxis im Vordergrund stehen. Unten: Praktisches Können vermitteln, das ist des LS-Lehrers Aufgabe.

Das System der Luftverteidigung

Wir haben schon früher in dieser Zeitschrift über die Arbeit der LS-Warnämter berichtet, über den Aufbau des Sirenennetzes und über die Signale, die ein jeder kennen sollte. Oft wird an uns die Frage gestellt, ob dieses System zuverlässig und für eine rechtzeitige Warnung der Bevölkerung ausreichend ist. Neue Waffensysteme haben die strategischen Verhältnisse von Grund auf verändert. Raum und Zeit sind zusammengeschrumpft. Die Geschwindigkeit moderner Flugzeuge oder Flugkörper lassen nur noch kürzeste Warnzeiten zu. Eines darf man jedoch nicht übersehen: Das zivile Warnnetz ist nur ein Teil eines großen Luftverteidigungssystems, dessen vordringliche Aufgabe es ist, feindliche Luftangriffe zu verhindern oder in ihren Auswirkungen zu mildern. Einen Überblick über „Das System der Luftverteidigung" gibt ein Artikel, der in der Zeitschrift „Truppenpraxis" erschienen ist und den wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages und des Autors nachstehend veröffentlichen. Die Redaktion.

Luftstreitkräfte führen den Kampf gegen die feindliche Luftwaffe mit dem Ziel, diese zu vernichten. Dieses Ziel ist nicht kurzfristig zu erreichen. Es kommt daher darauf an, im Rahmen des taktischen Luftkrieges die Luftüberlegenheit im Einsatzbereich der eigenen taktischen Luftstreitkräfte herzustellen und zu erhalten. Die Luftverteidigung ist Teil des taktischen Luftkrieges. Es ist die Aufgabe der Luftverteidigung, Angriffe feindlicher Luftstreitkräfte gegen das eigene Gebiet zu verhindern oder in ihren Auswirkungen abzuschwächen. Dazu sind die feindlichen Offensivkräfte möglichst so frühzeitig zu bekämpfen, daß sie ihren Auftrag nicht mehr erfüllen können.

Das Problem der Luftverteidigung besteht darin, ein weitgehend ideales Raum-, Zeit- und Kräfteverhältnis herzustellen. Das setzt voraus, daß die Luftverteidigungsmittel unter einheitlicher Führung in ein geordnetes Verhältnis zueinander gebracht werden. Diese zweckgerichtete Ordnung von Luftverteidigungsmitteln wird als Luftverteidigungssystem bezeichnet. Das Luftverteidigungssystem hat sich technischen Entwicklungen von Angriffs- und Verteidigungswaffen, wechselnden Kräfteverhältnissen, der wehrgeographischen Situation und den Änderungen militär-politischer Konzepte anzupassen. Es ist also nicht starr, sondern überaus beweglich.

Art und Umfang der Luftbedrohung

Luftstreitkräfte können jederzeit Ziele im Raum des Gegners mit bemannten Flugzeugen oder unbemannten Flugkörpern überraschend aus allen Flughöhen angreifen. Die Reichweite moderner Angriffsmittel ermöglicht es, jeden Ort im Feindgebiet zu erreichen. Die meisten Flugzeuge und Flugkörper können sowohl mit sogenannten konventionellen als auch mit nuklearen oder thermonuklearen Waffen eingesetzt werden. Raketen verschiedener Reichweiten haben die Möglichkeiten offensiver Luftkriegführung erheblich erweitert.

Luftangriffe werden vermutlich zunächst gegen diejenigen militärischen Kräfte des Gegners geführt werden, von denen aus den eigenen Kräften die größte Gefahr droht. Um das Überraschungsmoment zu erhöhen und die feindliche Abwehr zu täuschen, werden Luftangriffe durch elektronische Kampfmaßnahmen unterstützt. Durch sie werden die elektronischen Ortungs- und Führungseinrichtungen des Gegners getäuscht oder zeitweise ausgeschaltet. Das Überraschungsmoment kann außerdem dadurch erhöht werden, daß die Radarerfassungsbereiche des Gegners unterflogen werden. Die Erfolgsaussichten des offensiven Luftkrieges sind durch die jeweiligen militärpolitischen Konzeptionen entscheidend beeinflußt. Luftangriffskräfte einer Militärmacht mit defensiver Konzeption sind gegenüber denen einer aggressiven Macht im Nachteil. Sie begeben sich bewußt des Gesetzes des Handelns, setzen sich der Gefahr des Überfalls aus und können erst wirksam werden, wenn der Gegner angreift oder — unter Umständen — die eigenen Kräfte schon empfindlich getroffen hat.

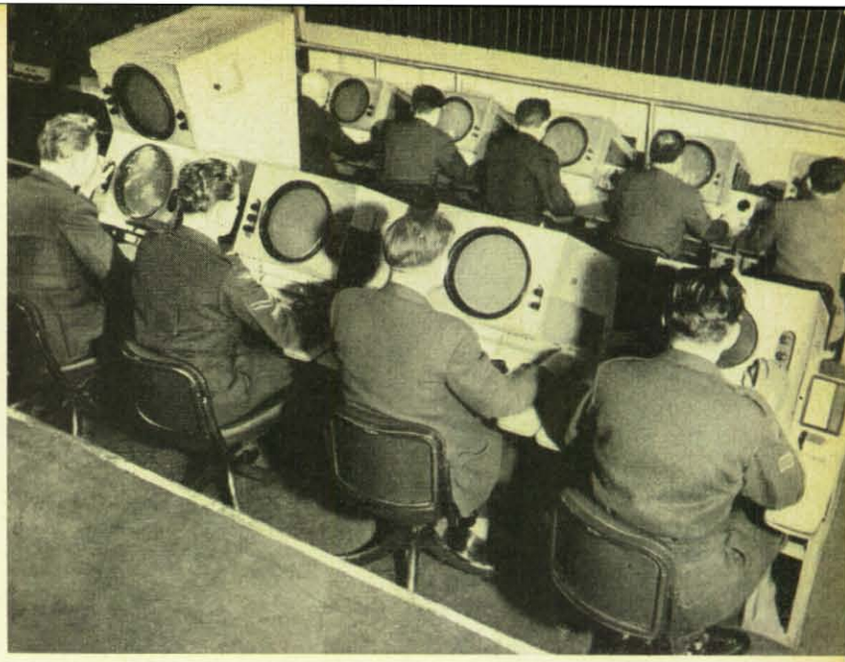
Art und Umfang der Luftbedrohung sind in den verschiedenen Gebieten eines militärischen Machtbereiches verschieden. So werden vermutlich hochfliegende Fernkampfflugzeuge und weitreichende Raketen den Angriff in die Tiefe des Raumes vortragen, während im frontnahen Raum vorwiegend mit Angriffen von Kurzstreckenraketen, mittleren Bombern und Jagdbombern in verschiedenen Höhen zu rechnen sein wird. Immer aber besteht die Gefahr, daß jedes angreifende Flugzeug und jede Rakete Träger nuklearer oder thermonuklearer Waffen ist.

Luftverteidigungsmittel

Luftverteidigungsmittel ermöglichen als Teile des Luftverteidigungssystems die Luftraumüberwachung, die Identifizierung von Luftzielen, die Führung und den Kampf der Luftverteidigungswaffen.

Der Luftraum wird durch weitreichende Radargeräte überwacht. Die technische Charakteristik der Radarstrahlung läßt

von Major Kay Lundt



Blick in eines der größten Radarzentren der britischen Luftraumüberwachung. Unten: Eine Stellung mit Nike-Ajax-Flugabwehrraketen, geeignet zum Schutz eines einzelnen, besonders wichtigen Objektes, als Teil eines Flächenschutzes oder eines sogenannten Schutzriegels.

jedoch unter bestimmten Bedingungen Erfassungslücken im unteren Luftraum entstehen. Um diese Lücke zu schließen, werden besondere Tieffliegererfassungs-Radargeräte sowie Luftraumbeobachtungseinheiten zur elektronischen und optisch-akustischen Überwachung des unteren Luftraums eingesetzt. — Nahezu alle Radargeräte können auch für die Führung von Luftverteidigungswaffen ausgenutzt werden.

Luftverteidigungs-Waffensysteme führen den Kampf gegen die feindlichen Luftstreitkräfte. Angriffsverfahren und technische Leistungen offensiver Luftstreitkräfte machen es notwendig, daß die Luftverteidigungswaffen mit elektronischen Geräten oder anderen technischen Mitteln zu Waffensystemen zusammengefaßt und erst dadurch zu ihrer optimalen Leistung befähigt werden. Waffensysteme der Luftverteidigung sind Jagdflugzeuge, Flugabwehrraketen und Flugabwehrkanonen.

Jagdflugzeuge verfügen über eine hohe Geschwindigkeit und große Steigleistung. Sie sind mit Kanonen, ungelenkten oder gelenkten Luft-Luft-Raketen verschiedener Lenkungssysteme bewaffnet. Man unterscheidet zwischen Tag- und Allwetterjägern. Allwetterjäger sind auf Grund ihrer elektronischen Ausrüstung imstande, auch nachts oder bei Schlechtwetterlagen den Kampf gegen feindliche Flugziele zu führen. Die Angriffsverfahren der Jagdflugzeuge richten sich nach ihrer Bewaffnung und ihrer elektronischen Ausrüstung. Durch Radarführung ergeben sich für das bordgestützte Waffensystem des Jagdflugzeuges besonders günstige Einsatzbedingungen. Jagdflugzeuge haben zur Zeit noch den Nachteil, von aufwendigen und angriffsempfindlichen Bodenanlagen abhängig zu sein und wegen der technischen Charakteristik ihrer Antriebsaggregate nur über eine relativ kurze Flugdauer zu verfügen.

Flugabwehrraketen sind Lenkflugkörper, die gegen bemannte Flugzeuge und unbemannte Flugkörper in allen Flughöhen eingesetzt werden können. Sie werden durch Flüssigkeits- oder Feststoffmotoren angetrieben. Zur Lenkung werden verschiedene elektronische Lenkverfahren angewendet. Flugabwehrraketen können gegen Einzelziele oder gegen Feindverbände eingesetzt werden. Ihre Bewaffnung mit nuklearen Sprengköpfen ist technisch möglich. Dem Vorzug, daß Flugabwehrraketen die Fähigkeit zu schneller Reaktion selbst bei kurzer Vorwarnzeit besitzen, über eine hohe Treffwahrscheinlichkeit verfügen, über längere Zeit hinweg einen hohen Einsatzbereitschaftsstand halten können und im allgemeinen wenig aufwendige Bodenanlagen erfordern, steht der Nachteil einer begrenzten Reichweite, relativ hoher Kosten

für den Einzelschuß sowie der Aufwand an Spezialpersonal zur Bedienung dieses Waffensystems gegenüber.
Flugabwehrkanonen verlieren im Rahmen der Luftverteidigung an Bedeutung. Flugabwehrkanonen schwerer Kaliber können gegen schnell fliegende Feindflugzeuge nicht mehr erfolgreich eingesetzt werden. Demgegenüber sind Flugabwehrkanonen leichter Kaliber so lange die zweckmäßigste Tieffliegerabwehrwaffe, bis ein Tieffliegerabwehr-Raketensystem frontverwendungsfähig zur Verfügung steht. Die Wirksamkeit leichter Flugabwehrkanonen kann durch hohe Kadenz und Mehrfachlafettierung gesteigert werden. Die Treffwahrscheinlichkeit wird durch automatisch oder halbautomatisch arbeitende Feuerleitsysteme erhöht. Das Heer verwendet leichte Flugabwehrkanonen zum Tieffliegerschutz der Truppe, die Marine zum Schutz ihrer schwimmenden Einheiten.

Das Luftverteidigungssystem

Luftverteidigungsmittel werden unter einheitlicher Führung in einem festgelegten Raum, dem Luftverteidigungsgebiet, so geordnet, daß sie bei einem vernünftigen Verhältnis von Aufwand zu erwartendem Erfolg ihre optimalen Leistungen voll zur Geltung bringen können.
Die militärische Situation der Gegenwart hat zum Zusammenschluß der meisten Militärmächte in Bündnissystemen geführt. Die bestehenden Luftverteidigungssysteme sind großräumig angelegt und sollen dem Grundsatz entsprechen, sowohl dem Bündnissystem insgesamt als auch den einzelnen, zum integrierten Luftverteidigungssystem beitragenden nationalen Staaten optimale Luftverteidigungsmöglichkeiten zu schaffen. Daraus ergeben sich globale Luftverteidigungssysteme, die sich aus Einzelsystemen zusammensetzen und sowohl einzeln wie auch gemeinsam wirksam werden können.
Eine Abwehrbereitschaft gegenüber der bestehenden ständigen Luftbedrohung setzt voraus, daß Luftverteidigungssyme jederzeit, also auch im Frieden, über eine lückenlose Luftraumüberwachung, sicher arbeitende Identifizierungsmethoden und verzugslose Meldeverfahren verfügen und auf Grund der Lage mit ihren Waffen ebenso verzugslos reagieren können. Ein Luftverteidigungssystem muß also ständig im Einsatz und kampfbereit sein.
Die „Überlebenschance" des Systems ist so groß wie möglich zu halten, damit es auch nach einem Überraschungsangriff noch wirksam sein kann. Das kann durch Tarnung, Täuschung und Sicherung, durch weitgehende Mobilität der Mittel sowie durch Flexibilität der Führung erreicht werden.
Eine militärpolitische Konzeption der Verteidigung, wie sie allen Überlegungen und Maßnahmen der NATO zugrunde liegt, ist für die Luftverteidigung an sich ungünstig. Sie läßt die Luftverteidigung erst wirksam werden, wenn ein Feindangriff einwandfrei als solcher erkannt ist, im ungünstigsten Falle also vom Zeitpunkt des feindlichen Grenzüberflugs ab. Das bedeutet, daß der Feind trotz vorheriger Ortung und Identifizierung erst über dem eigenen Gebiet bekämpft werden kann. Nach dem ersten Angriff sind die Möglichkeiten der Luftverteidigung günstiger, weil der Gegner bekämpft werden kann, sobald er erfaßt und identifiziert ist. Das Luftverteidigungssystem muß aber in beiden Fällen — beim ersten Angriff ebenso wie im weiteren Verlauf eines Krieges — voll wirksam werden können. Da die eigenen Kräfte durch einen Überraschungsangriff am meisten gefährdet sind, liegt der Schwerpunkt der Luftverteidigung bei der Reaktionsfähigkeit gegenüber einer solchen Situation.
Im einzelnen setzt sich das Luftverteidigungssystem aus einer Luftraumüberwachungs- und Flugmeldeorganisation, einer einheitlichen Führungsorganisation und den Luftverteidigungs-Waffensystemen zusammen.

Eine F-84 F Thunderstreak feuert im rasenden Flug über der Edwards Air Force Base im US-Staat Kalifornien ihre Raketen ab. Unten: Eine Nike-Rakete hat einen ferngesteuerten schweren Bomber im Flug getroffen und zerstört.

Radar wacht und warnt

Die Luftraumüberwachungs- und Flugmeldeorganisation besteht aus einer Kette von Radarstationen und dem Luftraumbeobachtungsdienst. Die Radargeräte sind so disloziert (verteilt aufgestellt), daß sie tief ins Feindgebiet „hineinsehen" können und sich ihre Erfassungsbereiche überlappen. Die Frühwarnkette ist um so wirksamer, je dichter sie ist. Um Feindabsichten so früh wie möglich erkennen zu können, muß sie frontnah errichtet sein. Im globalen Maßstab sind in der Tiefe des Raumes weitere Frühwarnketten erforderlich, um Flugwege feindlicher Angriffsverbände verfolgen zu können. Um Täuschung und Ausschaltung der Radarfrühwarn- und -führungsorganisation durch elektronische Kampfmaßnahmen des Feindes zu verhindern, sind moderne Radargeräte mit entsprechenden Schutzeinrichtungen versehen. Bei Ausfall einzelner Radarstationen können Nachbarstationen die Aufgaben übernehmen. Zusätzlich mobile Radarstationen erhöhen die Wirksamkeit des Luftraumüberwachungssystems. Die im unteren Luftraum bestehende Schwäche der Radarerfassung wird durch den Luftraumbeobachtungsdienst ausgeglichen. Luftraumbeobachtungstrupps sind weit vorgeschoben disloziert. Sie sind mobil und haben akustisch oder optisch erfaßte Tiefflieger zu identifizieren und an den Gefechtsstand der Luftverteidigungsführung zu melden. Je dichter das Netz des Luftraumbeobachtungsdienstes ist, um so wirksamer sind seine Erfassungs- und Flugwegverfolgungsmöglichkeiten. Die vollkommene Abdeckung eines Luftverteidigungsgebietes mit Luftraumbeobachtungstrupps ist jedoch aufwendig und erfordert ein eng vermaschtes Fernmeldenetz.

Die Luftverteidigungsführung erhält die Meldungen der Luftraumüberwachungsorganisation auf dem Draht- oder Funkwege. Sie werden im Luftverteidigungsgefechtsstand auf einer Lagekarte dargestellt. Diese aktuelle Luftlage ist Grundlage für die Lagebeurteilung und Befehlsgebung des Luftverteidigungsführers, der die seiner taktischen Führung unterstellten Luftverteidigungs-Waffensysteme einzusetzen hat. Wenn die ihm unterstellten Luftverteidigungskräfte nicht ausreichen, können auf Befehl übergeordneter Organe Verstärkungen aus Nachbargebieten herangezogen werden. Die Waffensysteme der Luftverteidigung, Jagdflugzeuge, Flugabwehrraketen oder Flugabwehrkanonen, werden der jeweiligen Lage entsprechend zum Kampf eingesetzt.

Gelenkte Jäger

Jagdflugzeuge führen den Kampf großräumig. Sie können schnell Schwerpunkte bilden. Ihre Einsatzmöglichkeiten werden durch Radarführung erhöht. Bei Ausfall von Bodenführungseinrichtungen können Jagdflugzeuge den Kampf mit Hilfe bordgestützter elektronischer Navigations- und Feuerleiteinrichtungen selbständig führen.

Für die Einsatzmöglichkeiten von Jagdflugzeugen ist ihre Dislozierung von ausschlaggebender Bedeutung. Von ihr hängt es ab, wo Feindflugzeuge zum frühesten Zeitpunkt bekämpft werden können. Die Linie, auf der die Orte des günstigsten Abfangens von Feindflugzeugen zusammengefaßt werden, bezeichnet man als Abfanglinie, die Linie, welche die Orte der günstigsten Dislozierung der Jäger zusammenfaßt, wird als Dislozierungslinie bezeichnet. Abfang- und Dislozierungslinie werden von dem Verhältnis des Erfassungs- und Identifizierungszeitpunktes eines Feindzieles zum Startzeitpunkt des Jagdflugzeuges (hierin sind Meldeverzüge und Zeitverzüge für Lagedarstellung, Beurteilung, Befehlsgebung und Start eingeschlossen), sowie von Geschwindigkeit, Kurs und Flughöhe des Feindflugzeugs und der Geschwindigkeit, Steigleistung und Angriffsverfahren des Jagdflugzeugs bestimmt. Diese Faktoren sind für jeden Flugzeugtyp und in jeder taktischen Situation verschieden. Sie ändern sich darüber hinaus mit jeder technischen Weiterentwicklung. Auch hier ist erkennbar, daß sich verschiedene Einflüsse beim Überraschungsangriff (Erfassung = Grenzüberflug) gegenüber Angriffen während des Krieges (Erfassung = größte Radarreichweite) ergeben. Dislozierungs- und Abfanglinien sind also keine für jede Situation gültigen, starren Linien. Es ist die Aufgabe der Luftverteidigungsführung, auf Grund eingehender Analysen der eigenen und Feindmöglichkeiten eine ideale Kompromißlösung zu finden.

Schutz durch Raketen

Flugabwehrraketen sind bodenständige Luftverteidigungswaffen. Sie können gegen bemannte Flugzeuge und unter bestimmten Voraussetzungen auch gegen unbemannte Flugkörper in allen Flughöhen eingesetzt werden. Durch die gemeinsame Führung aller Luftverteidigungswaffensysteme wird erreicht, daß Flugabwehrraketen im Kampf eigene Flugzeuge nicht gefährden. Aber auch bei Ausfall der gemeinsamen Führung ergeben sich durch vorgeplante Kampfverfahren noch relativ günstige Kampfmöglichkeiten.

Flugabwehrraketen können zum Flächenschutz, Objektschutz oder im Schutzriegel eingesetzt werden. Der Flächenschutz ist die wirksamste Form der Luftverteidigung. Er ist aus wirtschaftlichen Gründen jedoch im allgemeinen nicht zu realisieren. Der Objektschutz gewährleistet besonders empfindlichen Objekten einen hohen Schutz, läßt feindlichen Luftstreitkräften jedoch außerhalb der Schutzzonen erhebliche Operations-

Ein leichtes Flugabwehrgeschütz der Bundeswehr. Leicht beweglich und mit hoher Schußfolge, erfüllt dieser Geschütztyp seinen Zweck in vollem Maße bei der raschen Abwehr von Tieffliegerangriffen.

Oben: Eine Lockheed Super Constellation, ausgerüstet mit einem Radargerät unter der Kuppel in der Mitte des Flugzeugrumpfes. Auf riesige Entfernungen wird ein feindliches Flugzeug geortet und der Luftraumüberwachung gemeldet.

Unten: Gegen Tiefliegerangriffe auf einzelne Objekte oder die eigene Truppe kommt das leichte Flugabwehrgeschütz zum Einsatz. Mehrere Geschütze zusammengefaßt ergeben eine hohe Feuerdichte, die auch gegen Düsenjäger noch wirksam ist.

freiheit. Daher erscheint der Schutzriegel bei begrenzten Mitteln als die zur Zeit optimal erreichbare Form der Luftverteidigung mit Flugabwehrraketen. Der Schutzriegel zwingt den Feind, einen Luftverteidigungs„wall" zu überwinden, wenn er sein Ziel erreichen will. Die feindlichen Angriffskräfte werden also zu einem Verhalten gezwungen, das der Luftverteidigungsführung die Kampfführung erleichtert.

Flugabwehrkanonen sind eine bodenständige Luftverteidigungswaffe gegen Tieffflieger. Um gegen schnell fliegende Flugziele wirksam sein zu können, muß eine hohe Feuerdichte durch Zusammenfassung der Feuereinheiten angestrebt werden. Der Schutz großer Räume oder die Errichtung von Schutzriegeln durch Flugabwehrkanonen ist nur unter hohem personellem und materiellem Aufwand möglich. Leichte Flugabwehrverbände kämpfen auf der Grundlage einer von Luftraumbeobachtungstrupps und Radargeräten erstellten Tieffliegerlage. Die relativ hohe Mobilität dieser Verbände ermöglicht eine flexible Kampfführung.

Um die Wirksamkeit des Luftverteidigungssystems zu erhöhen und die Gefährdung eigener Flugzeuge durch eigene Luftverteidigungswaffen auf ein Minimum herabzusetzen, werden auch die leichten Flugabwehrwaffen des Heeres und der Marine in ihren Einsatzräumen dem verantwortlichen Luftverteidigungsführer taktisch unterstellt werden müssen.

Schlußfolgerungen

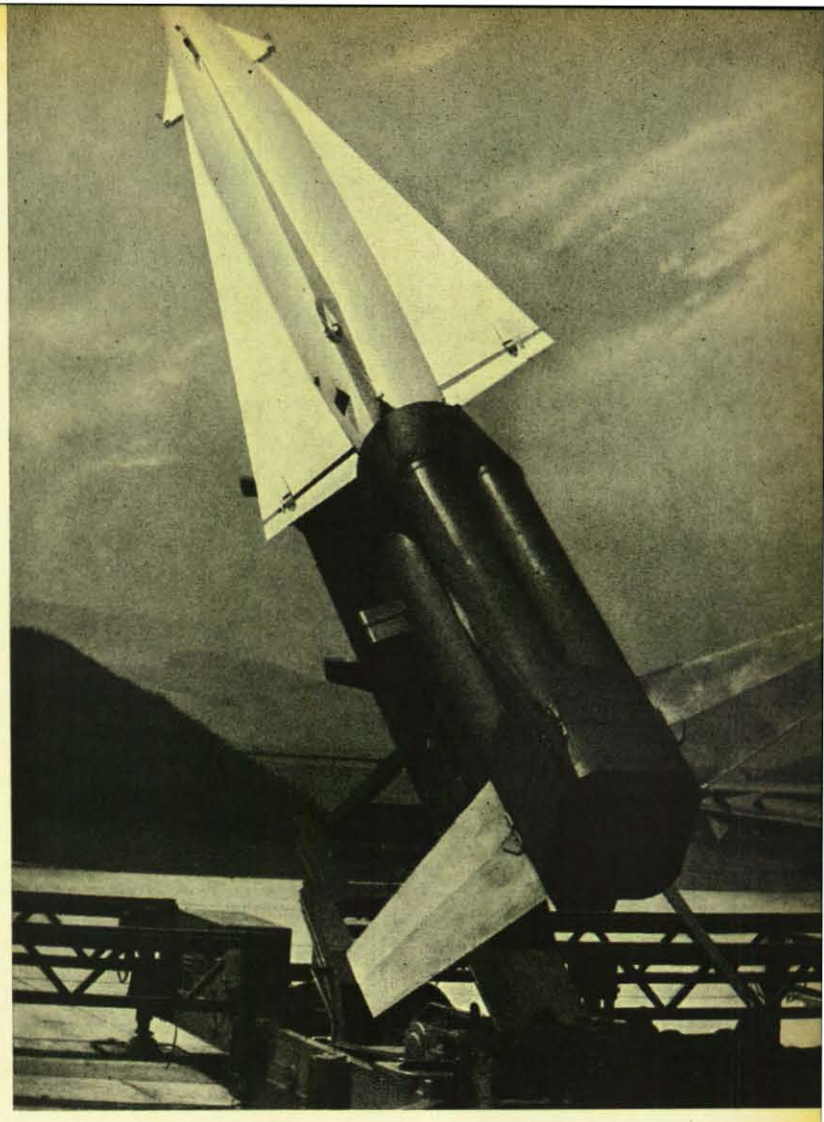
Luftverteidigungssysteme sind am wirksamsten, wenn sie auf Grund hoher Mobilität und flexibler Führung jeder in ihrem Luftverteidigungsgebiet möglichen Feindbedrohung entgegentreten können. Das setzt die Ausrüstung mit Mitteln und Waffensystemen voraus, die der wehrpolitischen und wehrgeographischen Situation entsprechen. Innerhalb der heutigen Bündnissysteme (im globalen Maßstab) bedeutet das, daß sich Ausrüstung und Führungsgrundsätze im frontnahen Raum von denen in der Tiefe des Raumes unterscheiden müssen.

Die Luftraumüberwachungsorganisation muß sich auf ein verzugslos arbeitendes Radarsystem mit wirksamen Schutzeinrichtungen gegen elektronische Kampfmaßnahmen stützen und die Schwäche der Radarerfassung im unteren Luftraum so lange durch Luftraumbeobachtungseinheiten ausgleichen, bis geeignete technische Mittel diese Aufgabe übernehmen können. Demgegenüber stützt sich die Luftraumüberwachung in der Tiefe des Raumes vorwiegend auf weitreichende Radargeräte zur Erfassung von hoch fliegenden Flugzeugen und Raketen.

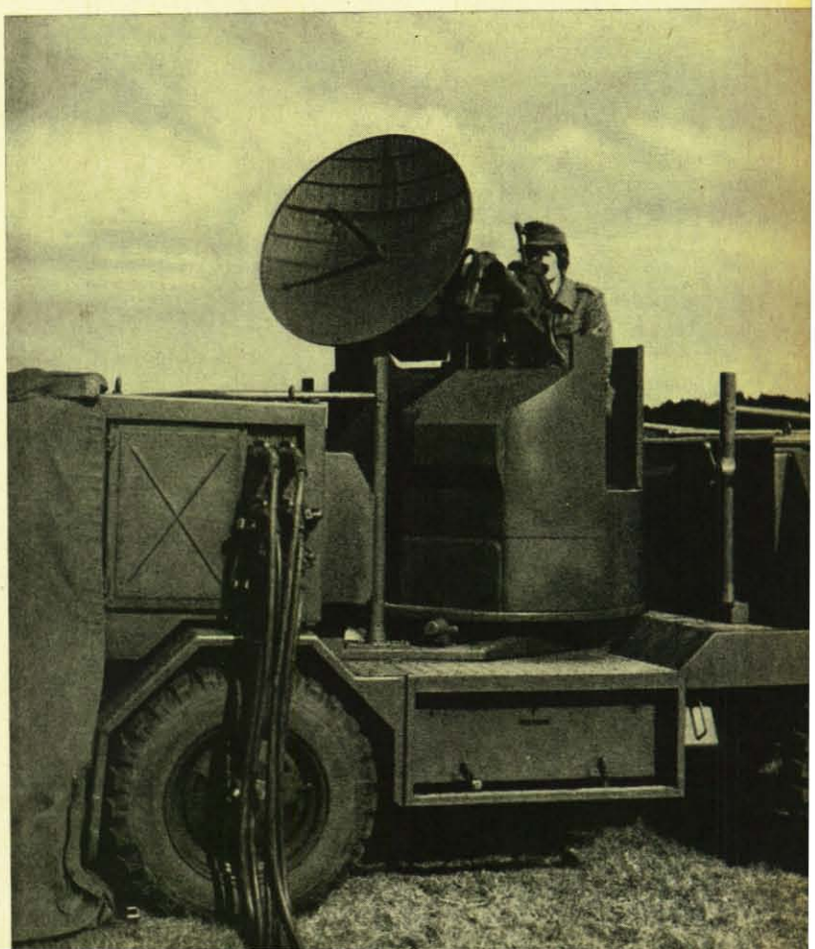
Der Einsatz von Jagdflugzeugen aus dem frontnahen Raum ist auf Grund ungünstiger Dislozierung und daraus resultierenden ungünstigen Abfanglinien sowie der hohen Angriffsempfindlichkeit der Bodenanlagen nicht ideal. Demgegenüber ergeben sich im globalen Maßstab günstige Kampfbedingungen für Jagdflugzeuge in den Flanken und in der Tiefe des Raumes, wenn durch Herabsetzung der Angriffsempfindlichkeit der Bodenorganisation, Erhöhung der Reichweiten und Erreichen günstiger Abfanglinien gute Einsatzmöglichkeiten gegen hoch fliegende Feindflugzeuge gegeben sind.

Flugabwehrraketen bieten wegen ihrer schnellen Reaktionsfähigkeit und wegen ihrer gegenüber der Fliegerbodenorganisation geringeren Empfindlichkeit gute Kampfvoraussetzungen gegen feindliche Luftziele in allen Flughöhen. In der Tiefe des Raumes wäre der Schutz durch einen oder mehrere Riegel vermutlich zu aufwendig. Daher ist dort der Schutz besonders gefährdeter Objekte vorzuziehen. Die Bekämpfung weitreichender Raketen des Gegners wird sich ausschließlich auf Raketenabwehrraketen stützen.

Flugabwehrkanonen werden gegen tief fliegende Feindflugzeuge so lange die günstigsten Bekämpfungsmöglichkeiten bieten, bis geeignete Tieffliegerabwehrraketen einsatzbereit sind.



Nike-Herkules-Rakete in Abschußstellung. Unten: Der Radarschirm „Fledermaus" der Bundeswehr ist mit einer Feuerstellung leichter Flakgeschütze gekoppelt und leitet automatisch ihr zusammengefaßtes Abwehrfeuer.



Rußlands zwei Gesichter

Der Bau von Schutzräumen in der Sowjetunion

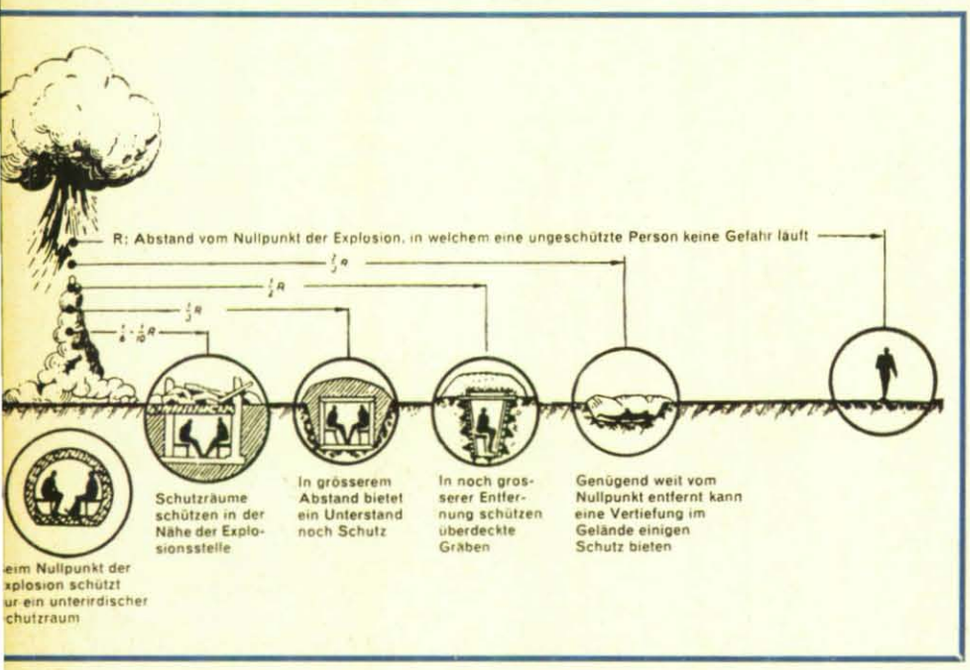
von Herbert Alboth

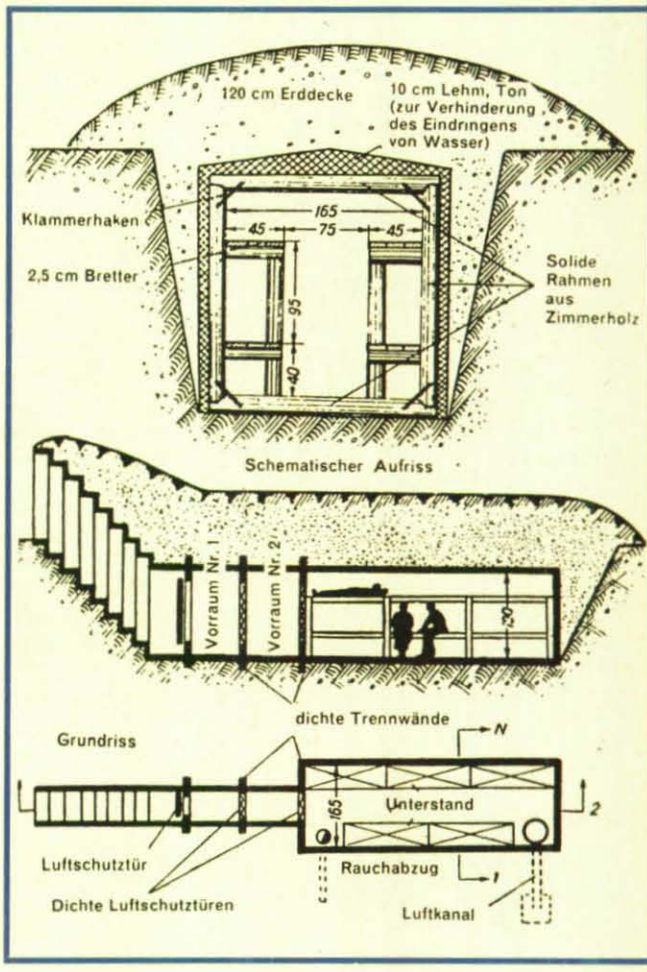
Die sowjetische Propaganda gegenüber dem Westen war in letzter Zeit geprägt durch die Behauptung, daß Schutzräume in einem modernen Krieg keinerlei Schutz bieten. Der Grund für diese Propaganda ist wahrscheinlich der, daß die USA — als ersten Abschnitt eines wirksamen Schutzprogramms für die amerikanische Bevölkerung — einen Plan für die Erstellung von Schutzräumen ausgearbeitet haben. Die Schutzräume sind in erster Linie daraufhin angelegt, daß sie Schutz bieten gegen die radioaktive Strahlung aus dem Niederschlag nach Kernwaffen-Detonationen in Bodennähe. Die USA trachten aber auch danach, ein „optimales Schutzraum-Programm" zu verwirklichen, mit widerstandsfähigen Schutzräumen, die auch gegen den Luftdruck und andere Wirkungen schützen sollen.

Die wirkliche Ansicht der Sowjets über den Wert von Schutzräumen geht hervor aus den Lehrbüchern über Zivilschutz, die in der Sowjetunion herausgekommen sind, so u. a. das Werk „Medizinische Abwehr und Zivilschutz im totalen Krieg" von Supron und Zverev, 1959 herausgegeben vom Gesundheitsdepartement der Weißrussischen Republik.

„Welches waren die Ursachen der ungeheuren Verluste bei den Atombomben-Angriffen auf die japanischen Städte im Jahre 1945?" fragt das sowjetrussische Buch; und es gibt sogleich auch die Antwort: Die Verluste wurden u. a. verursacht dadurch, daß die Angriffe eine völlige Überraschung bildeten, daß sowohl die Bevölkerung wie auch die lokalen Truppen in keiner Weise auf einen Atom-Angriff vorbereitet waren, daß infolge Panik und Desorganisation unter der Bevölkerung wie unter der unteren Truppenführung die Rettungsarbeiten erst 30 Stunden nach der Detonation aufgenommen werden konnten. Medizinische Hilfe wurde von nur 30 Ärzten und etwa 100 Krankenpflegern geleistet, und zwar erst lange nach der Katastrophe.

Das sowjetrussische Werk zieht folgenden Schluß: „Rechtzeitig organisierte Rettungsarbeit zusammen mit rascher





Oben: So stellt der sowjetische Zivilschutz die Verminderung der Wirkungen von Kernwaffenexplosionen durch Schutzräume, Unterstände und gedeckte Gräben dar. Rechts: Ein gedeckter Unterstand. (Die Beschriftung der beiden Zeichnungen ist aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt worden. – Red.)

medizinischer Hilfe hätte die Zahl der Verluste beträchtlich vermindern können, wenn die Stadt Hiroshima und ihre Bevölkerung in dem Maße vorbereitet gewesen wären, wie dies der russische Zivilschutz ist." Dies ist die Ansicht, welche die Sowjets gegenüber ihren eigenen Staatsangehörigen vertreten. Aus der Schrift geht hervor, daß Pläne vorliegen, nach denen das bestehende System von Schutzräumen ausgebaut und erweitert werden soll. Wir müssen also annehmen, daß bereits ein System von Schutzräumen besteht; es wird u. a. auch gesagt, daß Schutzräume in der Regel im Frieden angelegt und in gutem Zustand gehalten werden. Die Erweiterung besteht in der Erstellung von mehr oder weniger behelfsmäßigen Schutzräumen in Kellern, von unterirdischen Anlagen (Stollen), Unterständen und Gräben mit Deckung.

Allgemein wird auf folgende Anforderungen an einen Schutzraum großes Gewicht gelegt: zwei Zugänge, wovon einer ein Notausgang ist; Ventilation (Erneuerung und Filtrieren der Luft); Vorräume, um zu verhindern, daß verseuchte Luft eindringt, und um eintretenden Personen die Säuberung zu ermöglichen; Stellen, die Erste Hilfe gewähren und Sanitätsgruppen; Luftschutztüren und Vorrichtungen zur Dämpfung des Luftdruckes; Ausrüstung für Erste Hilfe, für das Ausbrechen aus dem Raum, falls er zugeschüttet wird; Vorrichtung für die Entgiftung, Lehm und Gips für die Abdichtung, Sitzgelegenheiten, Trocken-Toiletten, Heizung.

Der Schutzraum soll in der Mitte des Gebäudegrundrisses liegen und folgende Eigenschaften aufweisen:

— Feuerfeste Decke unter Erdbodenhöhe; sie soll stark genug sein, um der Last der Trümmer des allfällig einstürzenden Hauses standzuhalten.

— Notausgang in Schachtform, genügend weit von den Außenmauern des Hauses entfernt, so daß die Rettung nicht durch Trümmer behindert wird.

— Vorrichtung zur Dämpfung des Luftdruckes in Form eines einfachen Kiesfilters.

— Belüftungs- und Luftreinigungsanlagen.

— Luftschutztüren.

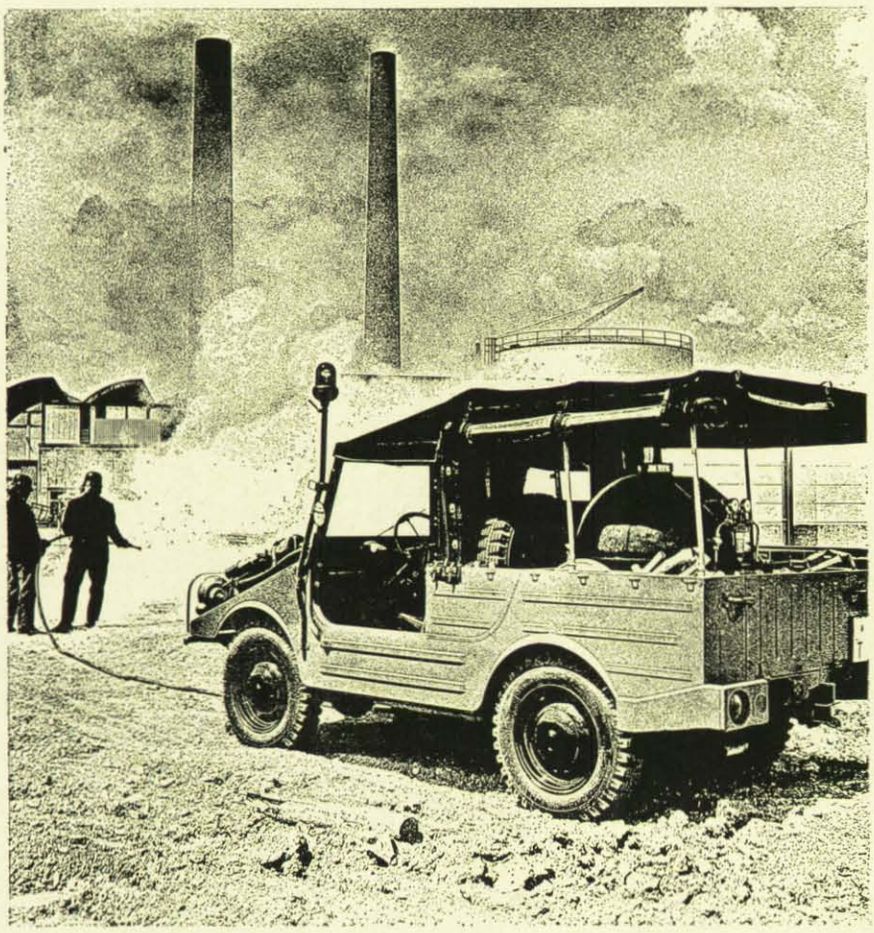
In Bezug auf Lüftung und Luftreinigung sei hingewiesen auf eine Äußerung des Sachverständigen Herman Kahn, der im August 1961 anläßlich der Debatte über den Zivilschutz im amerikanischen Kongreß sagte: „In der Sowjetunion scheint man sich stark zu sorgen wegen der Gefahr des Einatmens von radioaktiven Teilchen, und es wird auch gesagt, daß behelfsmäßige Schutzräume nicht genügen, weil sie keine Luftfilter haben. Ich glaube jedoch, daß dieses Mißverständnis auf dem besten Wege zu seiner Lösung begriffen ist oder bereits behoben ist." Unter behelfsmäßigen Schutzräumen versteht Kahn Stollen, Unterstände und Gräben — also im Freien (nicht unterhalb eines Gebäudes) gelegene Räume, die in verhältnismäßig kurzer Zeit erstellt werden können. Darüber steht nämlich in der Aufklärungsschrift von 1959: Sie bieten keinen Schutz vor Verseuchung durch Radioaktivität, chemische Kampfmittel und Bakterien. Daher müssen Personen, die solche behelfsmäßige Schutzräume aufsuchen, persönliche Abwehrmittel gegen chemische Kampfmittel tragen.

Ein *Stollen* (unterirdischer Tunnel) wird waagerecht in einen Abhang vorgetrieben, ohne daß die darüberliegende Erddeckung entfernt wird. Er soll für höchstens 60 Personen vorgesehen sein.

Ein *Unterstand* soll höchstens 30 bis 40 Personen fassen.

Ein *gedeckter* Graben ist nur für kurzen Aufenthalt, d. h. nur für die Dauer eines Angriffes. Er soll nicht mehr als 60 Personen aufnehmen. Dies ist die einfachste Form eines Schutzraumes in der Sowjetunion; er ist nur mit Bänken versehen und wird zugedeckt mit Querstangen, Brettern oder ähnlichem und einer Auflage von mindestens 60—80 cm Erde.

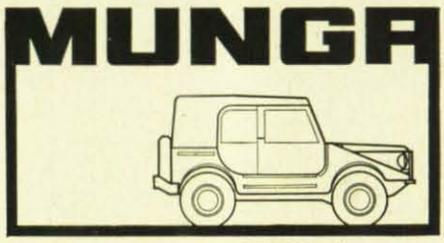
Alle Schutzräume sollen so gelegen sein, daß sie in kurzer Zeit erreichbar sind.



wo keine Straßen sind...

Der MUNGA ist ein vielseitiges Transportfahrzeug für Mannschaften, Gerät, behelfsmäßige Krankenbeförderung oder – wie im Bild – für ein Feuerlöschgerät. Und er kommt überall hin. Allradantrieb und zusätzliche Geländeuntersetzung bringen die ganze Kraft des robusten 44-PS-Motors auch im unwegsamsten Gelände voll zur Entfaltung. Der MUNGA kennt kaum Hindernisse. Das ist wichtig für den zivilen Bevölkerungsschutz.

MUNGA B achtsitzig, Pritsche mit großer Ladefläche. Im Bild mit Feuerlöschaufbau.
MUNGA 4 viersitzig, für Personenbeförderung (Zeichnung)



AUTO UNION DKW
8070 Ingolstadt/Donau

Kommt ein Zivilschutzkorps?

Von
Oberregierungsrat
Egon Hölder

Durch Pressemeldungen ist in der letzten Zeit der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß dem Bundesverteidigungsrat Pläne für eine Umstellung, für einen Neuaufbau des Luftschutzhilfsdienstes vorgelegt worden sind. Welches sind die Gründe, die das zuständige Bundesinnenministerium zu einem Abgehen von den bisherigen Aufbauprinzipien veranlassen, wie soll der Luftschutzhilfsdienst künftig gestaltet werden, und wie weit sind die Planungen gediehen? Auf diese Fragen soll hier eine Antwort gegeben werden, soweit dies im gegenwärtigen Stadium der Planung möglich ist.

Auf der Grundlage der Freiwilligkeit ließ sich keine Organisation aufbauen, die nach Stärke, Ausbildungsstand und Einsatzbereitschaft den Ansprüchen und Aufgaben gewachsen ist, welche in einem Ernstfall an sie gestellt würden. Die Zahl der auf freiwilliger Basis gewonnenen Helfer ist erheblich hinter der Zahl der nach den Planungen notwendigen zurückgeblieben. Die Gründe dafür sind mannigfaltig, sie können gewiß nicht nur den Hilfsorganisationen angelastet werden. Der Unterschied zwischen der Soll- und Iststärke des überörtlichen Luftschutzhilfsdienstes ist auch nicht bei allen Fachdiensten gleich. Es kommt hinzu, daß die beruflichen Anforderungen bei vielen Helfern keine so intensive Ausbildung zulassen, wie sie schon durch die technischen Gegebenheiten des Einsatzes an sich gefordert wird.

Aus diesen Erkenntnissen mußte die Folgerung gezogen werden, daß der Luftschutzhilfsdienst von Grund auf anders aufgebaut werden muß. Die bisher dazu entwickelten Vorstellungen gehen von folgenden Leitsätzen aus:

1. Die Teilung zwischen überörtlichem und örtlichem Luftschutzhilfsdienst muß beibehalten werden. Der örtliche Luftschutzhilfsdienst soll weiterhin, soweit möglich, von den Hilfsorganisationen, wie DRK und Feuerwehr, aufgebaut werden. Für den überörtlichen Luftschutz soll eine völlig neue Organisation geschaffen werden.

2. Die neue Organisation, die vielleicht Zivilschutzkorps heißen wird, soll nicht mehr in erster Linie aus Freiwilligen bestehen. Statt dessen soll auf Wehrpflichtige zurückgegriffen werden, die statt zur Bundeswehr zum Zivilschutzkorps einberufen werden. Die Ausbildung soll mehrere Monate dauern und in Gemeinschaftsunterkünften erfolgen. An die Ausbildung werden sich Reserveübungen anschließen müssen.

3. Gleichzeitig sollen etwa 15 000 herangezogene Helfer beim Zivilschutzkorps in Ausbildung stehen. Auf diese Weise soll das Zivilschutzkorps auf eine Gesamtstärke von etwa 200 000 Mann gebracht werden.

4. Die Ausbildung wird in den Händen eines hauptamtlichen Kaders liegen müssen. Daneben werden, ähnlich wie bei der Bundeswehr, Reserveführer und -unterführer herangebildet werden müssen.

5. Der örtliche Luftschutzhilfsdienst, für den die Bezeichnung Zivilschutzdienst erwogen wird, soll demgegenüber weiterhin nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufgebaut werden. Es ist daran zu denken, daß in späteren Jahren ältere Reservisten des Zivilschutzkorps in den Zivilschutzdienst übergeführt werden, wo sie ihre beim Zivilschutzkorps erworbenen Kenntnisse weiterverwerten können.

Wie schon erwähnt, handelt es sich bei diesen Erwägungen zunächst noch um eine Konzeption. Die zuständigen Vertreter der Länder und die großen Hilfsorganisationen haben bereits die Konzeption, jedenfalls in ihren Grundzügen, gutgeheißen. Nach den bekanntgewordenen Äußerungen aus den Fraktionen des Deutschen Bundestages darf für die Bildung des Zivilschutzkorps auch mit der Unterstützung des Parlaments gerechnet werden.

In den nächsten Wochen und Monaten wird nunmehr der Entwurf eines Gesetzes innerhalb der Bundesregierung vorbereitet werden, der wohl noch in diesem Jahr dem Bundestag zugeleitet wird. Gleichzeitig mit der gesetzgeberischen Arbeit werden auch die organisatorischen Vorbereitungen anlaufen. Das entscheidende Wort wird freilich letzten Endes der Bundestag zu sagen haben.

Der Luftschutzhilfsdienst verfügt bereits über einen großen Bestand an Spezial-Kraftfahrzeugen. Sie alle sind durch das ZB-Zeichen, dargestellt durch ein blaues Dreieck mit gelber Beschriftung „ZB" in einem gelben Kreis mit blauer Umrandung, gekennzeichnet (unten). Das Bild daneben zeigt Angehörige einer LSHD-Funkgruppe bei einer Übung.

A-814d

Die zeitsparende großflächige BAUSTAHLGEWEBE® Bewehrung

BAU STAHL GEWEBE

BAU-STAHLGEWEBE GMBH DÜSSELDORF

Schnell und zuverlässig

Feldkochherd für Katastrophenfälle

Jede Katastrophe hat neben ihren tragischen Folgen für die Betroffenen auch eine belehrende Seite. Menschen lernen an der Art und am Ablauf eines Unglücks, sich auf künftige Ereignisse ähnlicher Art einzustellen, sich davor zu schützen und auch für den möglichen Unglücksfall vorzusorgen. Sie lernen, Schicksalsschläge zu mildern und in Not geratenen Menschen zu helfen. Dazu gehört neben der vordringlichen Rettung und Hilfe für die sich in unmittelbarer Lebensgefahr befindlichen Personen die Leistung Erster Hilfe bei Verletzten, die Fürsorge und Versorgung von Geretteten, die Bereitstellung von Notunterkünften, Bekleidung usw. und nicht zuletzt die schnelle und zweckmäßige Verpflegung aller dieser betroffenen Menschen und der während und nach einer Katastrophe eingesetzten Hilfskräfte.

Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Hilfeleistung ist nun einmal die richtige, ausreichende und zweckmäßige Ernährung. Dabei spielen ernährungsphysiologische wie auch psychologische Erwägungen eine bedeutsame Rolle. Es ist bekannt, daß von der Verpflegung nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern besonders die „Stimmung" abhängt.

Da die betroffene Bevölkerung ebenso wie die Hilfskräfte aus der näheren und weiteren Umgebung zu ernähren sein werden (Frischverpflegung), aber mit dem Ausfall der Energieversorgung (Gas, Strom) gerechnet werden muß, erhält das für Katastrophenfälle geeignete Kochgerät besondere Bedeutung. Es kann also nur ein Herd Verwendung finden, der von Strom, Gas, Preßgas usw. unabhängig ist, der alle vorhandenen flüssigen und festen Brennstoffe verbrennt, von ungeschultem Personal bedient werden kann, der unfallsicher, störungs- und wartungsfrei, kurz „narrensicher" arbeitet. Dabei muß er im Freien ebenso sicher arbeiten, wie beim Anschluß an Kamine in Bauten zu benutzen sein (Hilfskrankenhäuser und Schutzbauten). Er muß also für alle Zwecke universal betriebssicher sein und nötigenfalls neben Massenwarmkost auch schmackhafte, gaststättenübliche Verpflegung und Krankenkost liefern können.

Das Bundesministerium des Innern hat für die Zivilverteidigung ein solches Gerät, das alle diese Forderungen erfüllt, den Feldkochherd FKH 57/4, vorgesehen, der nach intensiver Entwicklungsarbeit und genauer Erprobung für die Ausrüstung aller LSHD-Einheiten in Serie produziert wird und in großer Anzahl bereits ausgeliefert worden ist. Nicht nur bei vielen Übungen, sondern auch im Ernstfall während der Flutkatastrophe in Norddeutschland im Frühjahr 1962 hat sich dieser Feldkochherd bewährt. Wir entnehmen dem Einsatzbericht des Deutschen Roten Kreuzes über die Flutkatastrophe als Beispiel, daß zehn FKH 57/4 auf dem Schwarzenbergplatz in Hamburg-Harburg vom 17. bis 27. Februar 1962 eingesetzt waren. Etwa 120 000 Portionen Warmverpflegung wurden ausgegeben, wobei die theoretisch festgelegte Kochkapazität der Herde in der Praxis erheblich übertroffen wurde. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß ein Teil des Bedienungspersonals dabei den Umgang mit dem Feldkochherd zum ersten Mal kennenlernte.

Der Verfasser dieses Berichtes hatte Gelegenheit, einem vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz einberufenen dreitägigen Lehrgang im Herstellungswerk beizuwohnen, der die Teilnehmer mit den Verwendungsmöglichkeiten und dem technischen Aufbau des FKH 57/4 vertraut machte. 20 Herren von den LSHD-Aufstellungsstäben der Bundesländer übten mit dem Kochgerät, um später das vorgesehene Bedienungspersonal in Handhabung und technischer Bedienung unterweisen zu können. Die Eigenschaften des Herdes sind frappierend.

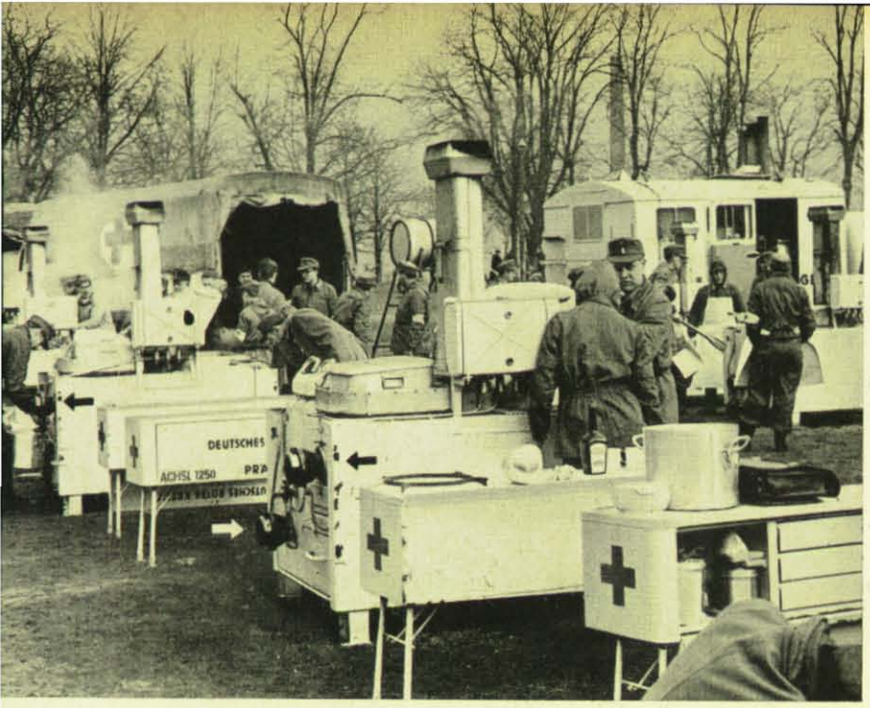
Ist es nun die Tatsache, daß der Feldkochherd mit allen Brennstoffen für Verbrennungsmotoren ebenso zu befeuern ist wie mit Holz, Kohle oder Briketts, oder ist es, daß er ebenso sicher „zieht" im Freien mit dem kurzen eigenen Schornstein wie an einem hohen Kamin angeschlossen, sind es die abnehmbaren zwei Gerätekästen, die die Speisenzubereitung so erleichtern, oder ist es die Möglichkeit, auf dem einachsigen Sonderanhänger sowie abgesetzt zu kochen. Seine Brenner sind ein technisches Meisterwerk, seine Kochkessel eine Augenweide für jede Hausfrau.

Der technische Aufbau des Feldkochherdes ist denkbar unkompliziert. Drei Flüssigkeitsvielstoffbrenner, die alle vorhandenen Vergaserkraftstoffe und leichte Heizöle verbrennen und die den Energiebedarf in ihrem dafür bestimmten thermoelektrischen Bauteil selbst erzeugen, also von aller Fremdenergie unabhängig sind, liefern je Brenner bis zu 30 000 Wärme-Einheiten. Bei Brennstoffmangel kann mit einigen wenigen Handgriffen auf feste Brennstoffe umgestellt werden. Drei Kochgelegenheiten stehen zur Speisenzubereitung zur Verfügung. Es sind dies ein großer, doppelwandiger Kochkessel mit 170 l Nutzinhalt, ein kleiner, einwandiger 85-l-Kochkessel und eine fest eingebaute Bratpfanne, die auch für die Zubereitung von Diät- und Kinderkost verwendet werden kann. Die abnehmbaren Radkästen enthalten alle zum Zubereiten und Kochen notwendigen Wirtschaftsgeräte. Sie sind mit einem herunterklappbaren Stahlrohrgestell versehen und können, vom Feldkochherd abgenommen, als Arbeitstische gebraucht werden.

Die Bedienung und Handhabung des FKH 57/4 ist äußerst einfach und kann jedem ohne große Unterweisung zugetraut werden. Mit Hilfe einer Lunte entzündet man die Brenner, die, einmal in Brand, mit zwei Regulierschrauben bedient und auch mit diesen abgestellt werden.

In drei Phasen kann der Feldkochherd je nach Bedarf von drei Männern leicht vom Sonderanhänger abgestellt und ebenso bei Stellungswechsel wieder eingehängt werden. Mehrere Herde können nebeneinander im Freien, in Zelten oder in Notverschlägen schnell aufgestellt werden und ergeben so eine Großküche mit einer bedeutenden Verpflegungskapazität. Je nach Notwendigkeit können mit einem Herd rund 300 Eintopfportionen oder 200 gaststättenübliche Mahlzeiten in einem einzigen Kochvorgang zubereitet werden. Vom Anheizen der Brenner bis zur Ausgabe des Essens wird eine Zubereitungszeit von etwa zwei Stunden benötigt.

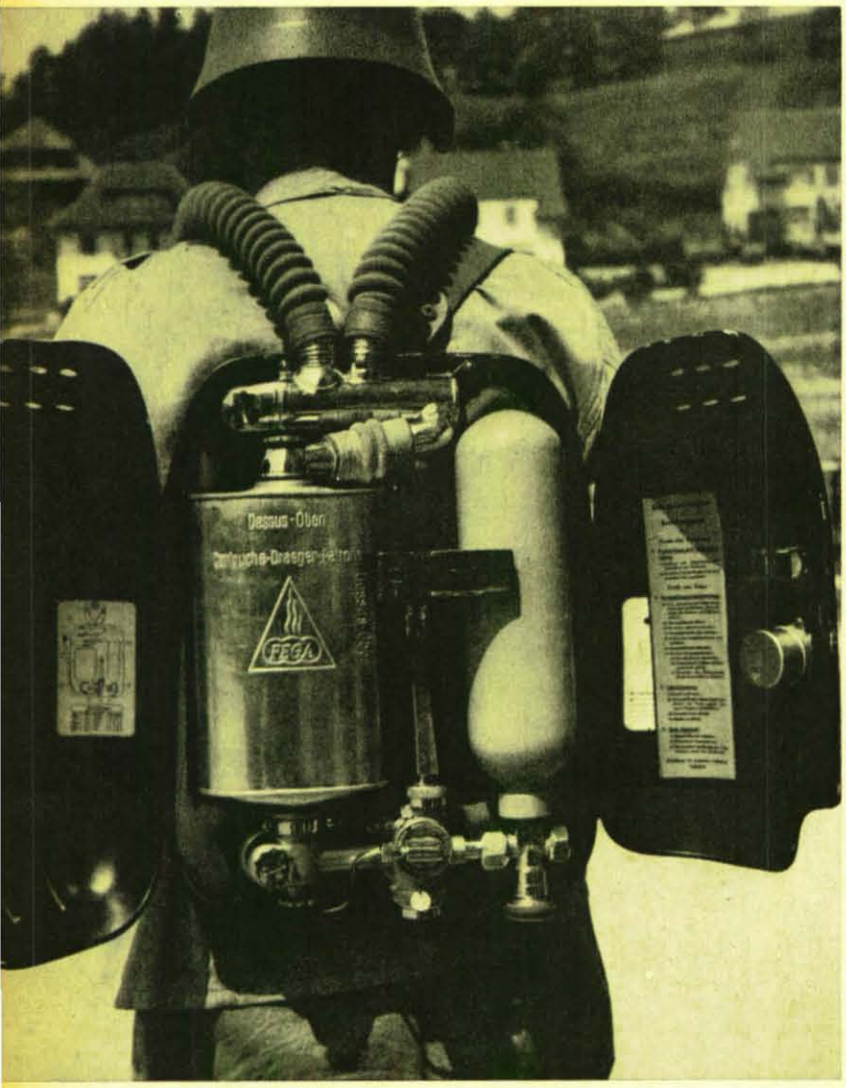
Die Reinigung und Wartung des Herdes ist so einfach, daß sie von jedem anhand der ausführlichen Bedienungsanleitung vorgenommen werden kann. Nicht zuletzt hat man auch an manchmal vielleicht notwendige Reparaturarbeiten gedacht und in einer besonderen Ersatzteilliste alle Einzelteile des Herdes sehr übersichtlich aufgezeichnet und bildlich dargestellt. **R. B.**



Oben: Während der Flutkatastrophe im Februar 1962 haben die Hilfszugstaffeln des DRK in Hamburg zwischen dem 17. und 27. Februar nicht weniger als 90 500 Liter auf Feldkochherden bereitete Warmverpflegung, das sind 120 000 Portionen, ausgegeben. Rechts: Die Essenträger kann man in Warmbehälter stellen, in deren Deckeln sich die Schöpflöffel befinden. Sie sind dann handlich wie Benzinkanister. Unten: Kochlehrvorführung mit Kursusteilnehmern. Es gab Gulasch mit Reis. Unten rechts: Das Verlasten des Feldkochherdes auf Anhänger.

ZB im Bild

Ob in der Schweiz (oben), ob in der Bundesrepublik (unten), Übungen im Zivilschutz werden so wirklichkeitsnah wie nur möglich durchgeführt. Hier in der Schweiz: Übung im Umgang mit Spezial-Atemschutzgeräten (unten links) und Sprengmaterialien (unten rechts).



Oben: Hier werden Freiwillige für die britische Zivilverteidigung an Funkgeräten ausgebildet. Daneben: Der dreijährige Schäferhund „Ulf von der Regnitzinsel" des Bambergers Helmut Dietz bestand die Abschlußprüfung für Rettungshunde in der Bundesschule des BLSV mit der Note „Vorzüglich". Rechts und unten: In der Schweiz gibt es eine besonders geschulte Luftschutztruppe, die zur Verstärkung der örtlichen Schutz- und Betreuungsorganisationen eingesetzt werden kann. Sie ist technisch gut ausgerüstet und führt äußerst realistische Übungen durch.

Die Technischen Dienste im THW

Spezialausbildung in Moers

In Katastrophenfällen besteht immer die Gefahr, daß die wichtigsten Versorgungsbetriebe lahmgelegt werden. Das gilt insbesondere für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Nach den Aufgaben, die dem Technischen Hilfswerk durch den Erlaß des Bundesministers des Innern vom 25. August 1953 gestellt worden sind, sollen die Helfer im Bedarfsfall den Versorgungsbetrieben für die Instandsetzung zerstörter Anlagen der verschiedenen Energieträger unter Leitung und Verantwortung der Betriebe zur Verfügung stehen. Die dafür vorgesehenen Helfer müssen in der Lage sein, Reparaturen schnell und fachtechnisch einwandfrei durchzuführen.

Im Jahre 1953 begann an der THW-Schule in Marienthal die Ausbildung der Führungskräfte für die Fachgruppen Technische Dienste. In der ehemaligen Marineschule in Kiel wurde 1954 eine Ausbildungsstätte für die Hilfeleistung in Erzeugerwerken geschaffen. Bis September 1960 nahmen insgesamt 1736 Helfer aus dem ganzen Bundesgebiet an 90 einwöchigen Lehrgängen teil. Aus Raummangel und weil die Anlagen von der Bundesmarine benötigt wurden, mußte diese Schule Ende September 1960 ihre Tätigkeit einstellen. Es war schwer, einen gleichwertigen Ersatz zu finden.

Ein großes Industrieunternehmen stellte freundlicherweise am Rande der Stadt Moers ein Gelände von über 5000 Quadratmeter Größe mit einem Gebäude von 1000 Quadratmeter Nutzfläche zur Verfügung. Nun konnten Werkstätten, Lager, Modellräume, ein Planspielraum, Unterrichts-, Lehrmittel- und Wirtschaftsräume sowie neun Zimmer für insgesamt 30 Lehrgangsteilnehmer untergebracht werden.

Seit der Eröffnung der Schule Moers am 13. März 1961 wurden bis zum 28. Juni 1963 in 34 einwöchigen Lehrgängen 572 Helfer in technischen Versorgungslehrgängen ausgebildet und auf die besonderen Aufgaben vorbereitet, die den Technischen Diensten in Katastrophenfällen zufallen. Diese Ausbildung kann um so lebendiger gestaltet werden, als mehrere bedeutende Kraftwerke in der Umgebung als Anschauungsobjekte zur Verfügung stehen.

Die praktische Ausbildung an der Schule Moers zeigt immer wieder, daß die THW-Helfer diesem Aufgabengebiet größtes Interesse entgegenbringen. Sie sind sich auch der Bedeutung bewußt, die dieser Aufgabe nicht nur im Ernstfall zukommt. Sie wissen ebenso, daß der schnelle Einsatz im Bedarfsfall von lebenswichtiger Bedeutung für die gesamte Bevölkerung sein kann.

Die Heranführung der Helfer an diese wichtigen Aufgaben werden von den Versorgungsunternehmen im Bewußtsein der Verantwortung unterstützt. So ist es erfreulich, daß von Zeit zu Zeit THW-Helfer zur Mitwirkung beim Bau von Elektrizitäts-Versorgungsleitungen herangezogen werden. Diese praktischen Einsätze, die von verantwortlichen Technikern der betreffenden Unternehmen geleitet werden, vermitteln den Helfern die notwendigen Kenntnisse und befähigen sie, zu gegebener Zeit am richtigen Ort zuzupacken. So werden von Grund auf die Voraussetzungen geschaffen, die notwendig sind, um im Sinne der dem THW zugeteilten Aufgaben schnelle und wirksame Hilfe zu leisten. Carl Heinz Schmidt

Links: In hellen, geräumigen Lehrsälen finden Vorträge, Filmvorführungen und Experimente statt; hier: ein Hochspannungslichtbogen. Unten: Seit über zwei Jahren werden in der fachtechnischen Schule des Technischen Hilfswerks in Moers freiwillige Helfer ausgebildet.

Links oben: Wiederherstellung von Freileitungen ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren der gesamten Wirtschaft. Rechts oben: Schweißen muß jeder Helfer können. Links unten: In kurzer Zeit kann Grundwasser angebohrt werden. Rechts unten: Größere Brunnen verlangen größeres Bohrgerät mit Motor.

Ehrennadel des BLSV für Präsident Dr. Schmidt

Mitte Juli stattete der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. jur. Rudolf Schmidt, der Bundeshauptstelle des BLSV in Köln einen offiziellen Besuch ab, in dessen Verlauf sich das gute Verhältnis zwischen dieser Bundesoberbehörde und der bundesunmittelbaren Körperschaft BLSV in Anbetracht der Gemeinsamkeit vieler Aufgaben erneut bestätigte.

In Würdigung seiner intensiven und schwierigen Bemühungen um den Aufbau eines Zivilschutzes in der Bundesrepublik und in Anerkennung auch seiner Verdienste um den BLSV hat der Vorstand des Bundesluftschutzverbandes beschlossen, dem Leiter des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz die Ehrennadel des BLSV zu verleihen. Die Überreichung durch den Präsidenten des BLSV, Dr. E. W. Lotz, fand am Tage nach dem Kölner Besuch im Dienstzimmer des Präsidenten Dr. Schmidt in Bad Godesberg statt.

Unser Bild zeigt die Ehrung des Präsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz. Von rechts: Präsident Dr. Lotz, Präsident Dr. Schmidt, Ltd. Reg.-Direktor Fritze, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BLSV, und Reg.-Direktor Kirchner, Bundesministerium des Innern.

Verordnung

zur Änderung der Verordnung über den Aufbau des Bundesluftschutzverbandes als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts. Vom 4. Juli 1963

Auf Grund des § 31 Abs. 3 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1696) in der Fassung des § 3 des Gesetzes zur Errichtung des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz vom 5. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 893) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über den Aufbau des Bundesluftschutzverbandes als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts vom 1. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 564) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

(1) Der Bundesluftschutzverband kann zur Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben haupt- und nebenamtliche Bedienstete sowie ehrenamtliche Helfer beschäftigen.

(2) Dem Bundesluftschutzverband wird Dienstherrnfähigkeit (§ 121 des Beamtenrechtsrahmengesetzes vom 1. Juli 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 667) verliehen. Die Beamten der Körperschaft sind mittelbare Bundesbeamte.

(3) Planstellen für Beamte dürfen nur eingerichtet werden, sofern sie zur Erfüllung der in § 4 des Bundesbeamtengesetzes bezeichneten Aufgaben dauernd erforderlich sind."

2. Hinter § 5 werden folgende §§ 5a bis 5c angefügt:

„§ 5a

(1) Die Rechtsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter richten sich nach den für Bundesbedienstete geltenden Bestimmungen.

(2) Näheres über die Einstellung, Höherstufung und Kündigung der Angestellten und Arbeiter sowie über die Verpflichtung von Helfern wird durch die Satzung bestimmt. Die Einstellung und Kündigung der Angestellten mit Vergütungsgruppe III BAT und höher sowie die Höherstufung in eine der genannten Vergütungsgruppen bedarf der Bestätigung des Bundesministers des Innern.

§ 5b

Oberste Dienstbehörde ist, soweit nicht die Zuständigkeit des Bundesministers des Innern begründet ist, der Vorstand. Dieser kann seine Befugnisse ganz oder teilweise auf das geschäftsführende Vorstandsmitglied übertragen. Oberste Dienstbehörde des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes ist der Bundesminister des Innern.

§ 5c

Die Berufung und die Abberufung der Landesstellenleiter und der Bezirksstellenleiter bedürfen der Bestätigung des Bundesministers des Innern. Die Bestätigung wird im Einvernehmen mit dem zuständigen Landesminister (Senator) erteilt."

Artikel II

Diese Rechtsverordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 37 Abs. 1 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung unter dem Vorbehalt der dem Land Berlin nach § 37 Abs. 2 dieses Gesetzes erteilten Ermächtigung auch im Land Berlin.

Artikel III

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündigung in Kraft.

Bonn, den 4. Juli 1963 Der Bundesminister des Innern, Höcherl

ABC-Waffen

Wirkung und Abschwächungsmöglichkeiten

Niemand wünscht einen neuen kriegerischen Konflikt. Doch sind die politischen Verhältnisse auf der Erde immer noch so, daß an vielen Stellen gefährliche Situationen vorhanden sind. Sie haben in der Zeit nach dem Ende des letzten Weltkrieges bereits zu mehreren lokalen Kriegen geführt. In keinem dieser Konflikte ist bisher von dem vernichtenden Mittel der Atombombe Gebrauch gemacht worden. Wer garantiert uns, daß in Mitteleuropa ein Krieg in der Zukunft ausgeschlossen ist, oder wer garantiert, daß, wenn es in Europa zu einem Konflikt kommt, keine Atombomben, biologische oder chemische Kampfmittel eingesetzt werden? Diese Garantie kann niemand geben. Es ist daher notwendig, daß eine ausreichend große Zahl von Personen mit den Wirkungen der ABC-Waffen vertraut ist.

Diese Worte schrieb Professor Dr. H. Schardin in seinem Geleitwort zu einem „Handbuch der ABC-Schutztechnik". Dieses Werk erschien unter der Nr. 18 in der Schriftenreihe über zivilen Luftschutz im Verlag Ziviler Luftschutz Dr. Ebeling KG Koblenz-Neuendorf. (DIN A 5, 148 Seiten mit zahlreichen Tabellen, Abbildungen und Lehrtafeln, DM 16,60.)

Ein neues Handbuch der ABC-Schutztechnik informiert den Ratsuchenden

Verfasser sind Dr.-Ing. Koczy und Dipl.-Ing. Klingmüller, beide Dozenten in den Seminaren des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz.

Das Handbuch soll — wie die beiden Verfasser in ihrem Vorwort erklären — allen einen realen Überblick geben, die sich beruflich oder privat über die Wirkungen verschiedener Angriffswaffen und die Schutzmaßnahmen unterrichten wollen. Wer ohne Fachkenntnisse dieses Handbuch in die Hand nimmt, braucht nur den Willen zu einem ernsten Studium mitzubringen; denn er wird nicht durch rein wissenschaftliche Darlegungen komplizierter Vorgänge in seinem Bemühen gestört. Andererseits wird nicht versucht, durch eine fahrlässige Vereinfachung von dem Ernst des darzustellenden Stoffes abzulenken. Hier die „goldene Mitte" zu wahren ist schwer, doch ist dies den Verfassern gelungen. Das Hauptgewicht liegt auf den Wirkungen der Angriffswaffen und den Schutzmöglichkeiten, darum fehlt die Aufzählung und die Beschreibung der Waffen selbst.

Über ABC-Schutzmöglichkeiten sind viele Abhandlungen veröffentlicht worden; es wurde notwendig, eine sinnvolle Zusammenstellung nach den neuesten Erkenntnissen vorzulegen. Die Vielheit der Darstellungsmöglichkeiten führt leicht zur Unübersichtlichkeit. In dem vorliegenden Handbuch wurde der Sinn auf das Wesentliche gewahrt und der Weg zum Verständnis des Stoffes durch logischen Aufbau für den Interessierten leicht gemacht.

Zunächst werden die Wirkungen der einzelnen Waffen beschrieben: Atomare Waffen, Biologische Kampfmittel, Chemische Kampfstoffe und Detonierende Waffen. Die den zahlreichen Tabellen beigefügten Formeln sollen dem Fachkundigen einen Hinweis geben, der nicht mit mathematischen Kenntnissen ausgestattete Leser kann sie übersehen, denn er wird sich mehr für die tabellarischen Ergebnisse interessieren. Es werden zunächst die Wirkungen beschrieben und anschließend die Abschwächungsfaktoren durch Schutzmaßnahmen. Weitere Abschnitte sind die Schutzraumbauten, die ABC-Schutzausrüstung, Strahlenschutzprobleme im Niederschlagsgebiet und die Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung im Niederschlagsgebiet.

Nachstehend mit freundlicher Genehmigung des Verlegers einige Leseproben aus dem Handbuch der ABC-Schutztechnik:

Wärmestrahlung

Im Innern des Feuerballs herrschen schätzungsweise Anfangstemperaturen von einigen Millionen Grad Celsius und ein Überdruck in der Größenordnung von 100 000 Atmosphären (atü).

Treffen die vom Lichtblitz und Feuerball ausgehenden Lichterscheinungen in einigen Kilometern Entfernung vom Explosionspunkt das menschliche Auge, dann tritt eine Blendung, d. h. ein vorübergehender Verlust der Sehfähigkeit ein, die bei Tage ungefähr 5 Minuten, nachts etwa eine Stunde anhalten kann (Bindehautentzündungen, Blasenbildung auf der Hornhaut). Die vom Feuerball ausgehende Wärmestrahlung (thermische Strahlung) kann je nach Explosionswert bis zu mehreren Sekunden Dauer einwirken. Sie breitet sich gradlinig aus, wirkt infolge ihrer kurzen Dauer weitgehend auf die betroffene Oberfläche ein und wird von schattenwerfendem Material zum Teil absorbiert, zum Teil reflektiert. Maßgebend für die Wirkung auf Mensch und Material ist die aufgenommene Wärmeenergie und die Dauer der Strahlung.

Die Abschwächung der Wärmestrahlung nimmt bekanntlich mit zunehmender Entfernung vom Explosionspunkt zu. Ein wesentlicher Faktor bei der Beurteilung der Reichweite sind jedoch die Anteile der direkt übertragenen und der gestreuten Strahlung. Das Verhältnis ist abhängig von der Menge der in der Luft befindlichen Partikeln (z. B. Staub, Ruß usw.). Bei einer Explosion über einer Wolkenschicht oder über einer Schicht von Rauch oder Nebel wird die Strahlung vom oberen Teil der Schicht aufwärts gestreut. Ebenso wird auch der größte Teil der die Schicht nach unten durchdringenden Strahlung gestreut. Eine künstliche Vernebelung kann die Wärmestrahlungsenergie auf $^1/_{10}$ verringern.

Eine Explosion unter einer Wolkenschicht kann infolge der direkten und der vom unteren Teil der Schicht gestreuten Strahlung zu einer Vergrößerung der Wärmeenergie führen.

Bei einer typischen Bodenexplosion (Oberflächenexplosion) erfährt die Wärmeenergie (cal/cm²) eine Reduzierung um etwa 50 v. H. und mehr gegenüber einer typischen Luftexplosion. Der Grund liegt im wesentlichen darin, daß bei ersterer nur etwa der halbe Feuerball wirksam wird.

Die Zeit, in der die Wärmeenergie aufgenommen wird, ist entscheidend dafür, welche Temperatur auf dem Objekt erreicht wird und in welcher Weise die Wirkung auftritt.

Ist die Wärmeenergie in Abhängigkeit der Entfernung von einer 1-kt-Luftexplosion bekannt, so kann man die Wärmeenergie für jeden höheren Explosionswert in gleicher Entfernung berechnen.

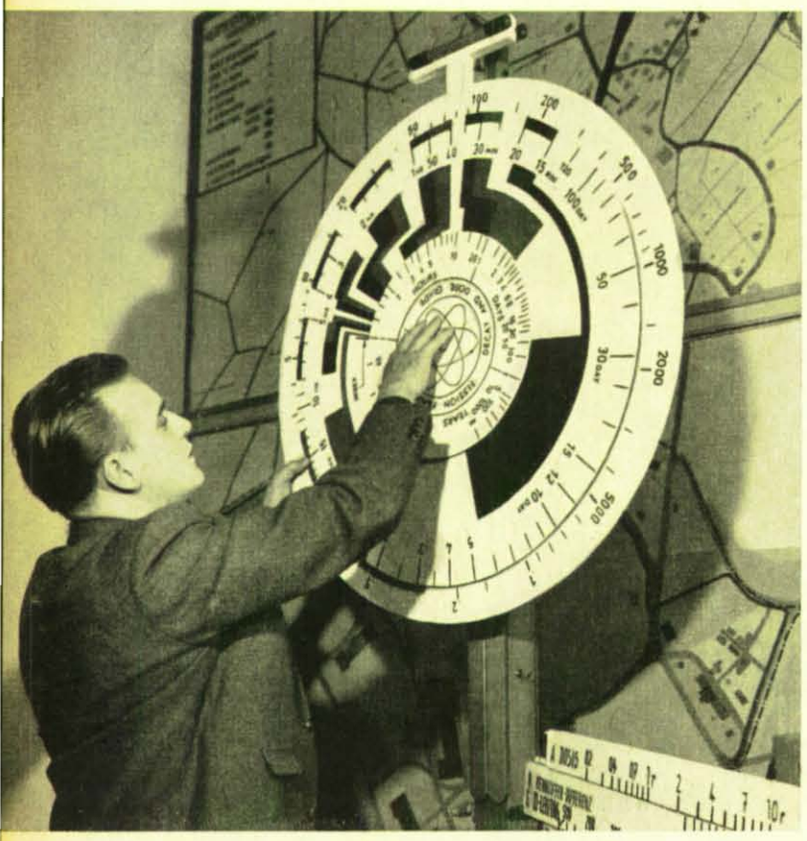
Beispiel: Bei einer 1-kt-Luftexplosion beträgt die Wärmeenergie in 4800 m Entfernung ca. 0,08 cal/cm²; dann errechnet sich die Wärmeenergie bei einer 100-kt-Luftexplosion in gleicher Entfernung wie folgt:

$100\ (\mathrm{kt}) \cdot 0{,}08\ (\mathrm{cal/cm^2}) = 8\ (\mathrm{cal/cm^2})$

Auf unterirdische Schutzbauten übt die Wärmestrahlung wegen ihrer kurzen Dauer keine unmittelbaren Wirkungen aus.

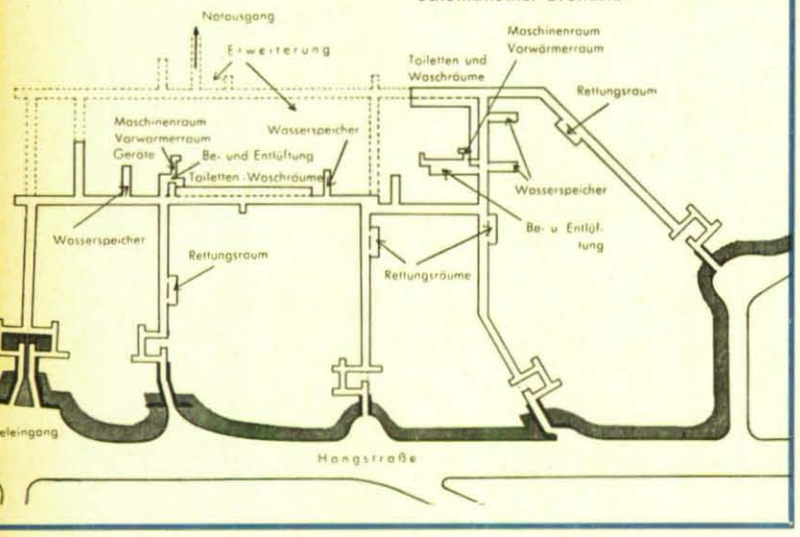
Rückstandsstrahlung — Radioaktiver Niederschlag

Unter der Rückstandsstrahlung versteht man allgemein die Strahlung, die etwa eine Minute nach einer Kernexplosion ausgestrahlt wird; sie entsteht hauptsächlich durch die radioaktiven Spaltprodukte, in geringerem Maße durch ungespaltenes Uran oder Plutonium, neutroneninduziertes Sprengmaterial usw. und stellt sozusagen — um es dem Leser verständlicher zu machen — eine „Fortsetzung" der Anfangsstrahlung dar, deren Wirkungsdauer mit etwa einer Minute willkürlich festgelegt worden ist. Nach Ablauf dieser Zeit sind nämlich alle Spaltprodukte in der Atomwolke bis zu einer solchen Höhe aufge-



Oben und links: Die Strahlenschutz-Rechenscheibe für den Unterricht und in ihrer üblichen Größe. Das Handbuch bietet hierzu eine Reihe praktischer Beispiele zu Übungszwecken. Unten: Überall dort, wo steile Berghänge vorhanden sind, können Schutzbauten als Hangstollen verhältnismäßig leicht in den Berg getrieben werden.

Abb. 9 Schutzstollenprojekt (Hangstollen)
Schematischer Grundriß



stiegen, daß die anfängliche Strahlung den Erdboden nicht mehr wirksam erreicht. Diesen Unterschied kann man strenggenommen allerdings nur bei typischen Luftexplosionen machen, während bei Bodenexplosionen sich beide Strahlungsanteile mehr oder minder vermischen. Das bedeutet natürlich nicht, die Anfangsstrahlung bei Bodenexplosionen etwa unberücksichtigt zu lassen.

Bei einer Luftexplosion kondensieren sich die radioaktiven Spaltprodukte zu winzig kleinen, festen Teilchen und geraten in diesem fein verteilten Zustand zum Teil in die Stratosphäre, wo sie über viele Monate oder gar Jahre verbleiben und als radioaktive Schwaden den Erdball umkreisen, bis sie als sogenannter weltweiter Niederschlag zur Erde zurücksinken. Während dieser Zeit machen sie einen Zerfallsprozeß durch und verlieren dabei den größten Teil ihrer Radioaktivität. Einige dieser Teilchen, besonders Strontium 90 und Cäsium 137 „leben" noch etwas länger; ihre Halbwertszeiten (die Zeit, in der eine gegebene Anfangsmenge zur Hälfte zerfallen ist) liegen bei etwa 28 Jahren. Bei der außerordentlich geringen Dichte des weltweiten Niederschlags bedeuten sie aber keine wirkliche Gefahr.

Abgesehen von ungewöhnlichen Umständen, wie starken Winden, Regenfällen im Explosionsgebiet, wird es bei Luftexplosionen, auch bei Atomsprengkörpern hohen Explosionswertes, zu keiner nennenswerten örtlichen Ausschüttung radioaktiver Teilchen kommen.

Explodiert dagegen ein Atomsprengkörper im Erdboden oder dicht über der Erdoberfläche bzw. berührt der Feuerball den Erdboden — Bodenexplosion —, so entsteht ein Krater bestimmter Abmessungen. Der Feuerball reißt riesige Mengen Erde, Staub und Schutt mit sich hoch. Das gesamte Material verdampft, vermischt sich eng mit den hoch radioaktiven Spaltprodukten und anderen radioaktivierten Sprengkörperteilchen und fällt nach Abkühlung und Kondensation zu festen Teilchen aus mehr oder weniger großen Höhen als örtlicher radioaktiver Niederschlag auf die Erde nieder.

Die größeren Brocken, an deren Oberfläche die radioaktiven Spaltprodukte haften — ebenso wie am feinen Staub —, werden nicht bis zur Atomwolke hochgetragen, sondern fallen schon innerhalb kurzer Zeit nach der Explosion im Zerstörungsgebiet herab.

Die kleineren und kleinsten radioaktiven Teilchen, die teils sichtbar, teils unsichtbar sind, überdecken dagegen ein ausgedehntes Gebiet, wenn sie wieder zur Erde zurückfallen. Ein weitaus größerer Teil der radioaktiven Partikeln verbleibt in der Stratosphäre, umkreist mehrmals die Erde und sinkt erst allmählich als weltweiter Niederschlag auf die Erde herab.

B-Waffen

Unter B-Waffen – biologischen Kampfmitteln – werden Krankheitserreger, ihre giftigen Produkte, infizierte Schädlinge oder Pflanzenwirkstoffe verstanden, die vorsätzlich und kriegsmäßig eingesetzt werden können, um Menschen, Tiere und Pflanzen zu schädigen oder zu vernichten. Sie sind auch gegen Ernten, Nahrungs- und Futtermittel gerichtet, um die Ernährungsbasis zu treffen und zu schmälern.

In der Lehrtafel 2 sind u. a. belebte Agenzien aufgeführt, die besonders die Viehbestände vernichten sollen, wie z. B. die Erreger der Maul- und Klauenseuche, Rinderpest, Geflügelpest u. a. In der nächsten Spalte der Lehrtafel werden jene Agenzien genannt, die die Gesundheit der Bevölkerung stark gefährden, wie z. B. Typhusarten, ferner Beulen- und Lungenpest, die durch pestinfizierte Nagetiere (Ratten, Mäuse als Zwischenwirte) auf den Menschen übertragen werden können. Die Ruhr ist eine Bakterien-Krankheit, die durch Fliegen oder durch Kontakt- bzw. Wischinfektion übertragbar ist. Ferner werden Grippeerkrankungen verschiedener Art aufgeführt, die durch Virus hervorgerufen werden.

Malaria ist— ähnlich wie das Fleckfieber über Läuse als Zwischenwirt — durch die Anopheles-Mücke übertragbar.

Schließlich sind in der Lehrtafel auch solche Erreger aufgeführt, die sowohl den Menschen als auch das Tier befallen können, z. B. Milzbrand, Rotz, Tollwut, Tularämie und Papageienkrankheit (Ornithosen).

Unter Toxinen versteht man Bakteriengifte, d. h. Produkte von Bakterien, wie z. B. das Botulinus-Toxin, das selbst in kleinsten Mengen (millionstel Gramm) tödlich wirken kann; in seiner Wirkung übertrifft es alle bisher bekannten Gifte. Der Betroffene bleibt bis zum letzten Atemzuge bei vollem Bewußtsein. Durch bestimmte Chemikalien (z. B. Formaldehyd) unschädlich gemachte Toxine nennt man Toxoide. Sie haben

die Fähigkeit, im Körper Antikörper zu bilden (Schutzimpfungen). Man kann daher gegen Botulismus impfen.
Die wichtigsten Aufnahmemöglichkeiten für Menschen und Tiere sind Atemluft, Nahrungsmittel und Wasser. Nur wenige Kampfmittel können durch die Haut eindringen.
Gegen Nutzpflanzen können eingesetzt werden:
a) Synthetische Wuchs- und Hemmstoffe, um Wachstumsstörungen und Unfruchtbarkeit zu bewirken.
b) Virusarten durch Abwurf von infizierten Blattläusen als Überträger, möglicherweise auch Pilzarten (z. B. Getreidebrand und -rost), die auf der Pflanze auswachsen und sie vernichten, und Pflanzenschädlinge (Kartoffelkäfer, Schadinsekten u. a.), von denen die Pflanze gefressen wird.
Die Anwendungs- und Verbreitungsmöglichkeiten biologischer Kampfmittel sind begrenzt. Sie sollen schon in geringen Mengen Mensch und Tier nach Möglichkeit zugleich angreifen, schnell wirken und hoch virulent sein. Die Verbreitung der Agenzien ist von der Witterung stark abhängig. Seuchen können einem Angreifer rückläufig zu einer Gefahr werden. Im Freien, besonders bei Sonneneinstrahlung und in Gewässern, gehen die meisten Erreger bald zugrunde.

Einsatzmöglichkeiten

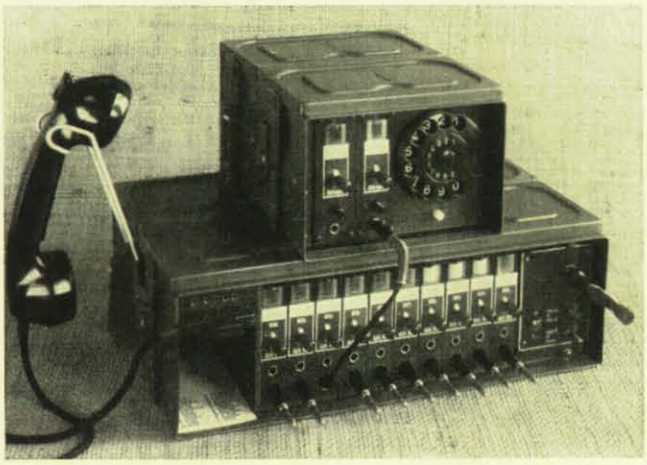
Biologische Kampfmittel können ins Zielgebiet gebracht werden:
a) durch Flugzeuge, Raketen, Ballone, Artillerie; in Bomben, Abwurfbehältern, Geschossen laboriert,
b) durch Abregnen oder Absprühen, wodurch Nebel oder Wolken aus verstäubten Kulturen von Krankheitserregern oder synthetischen Stoffen entstehen — Aerosole —,
c) durch Abwurf von Kulturen in Papierbehältern, um Trinkwassergewinnungsanlagen zu verseuchen,
d) durch Agenten und Saboteure,
e) durch kombinierte Einsatzverfahren (verschiedener Agenzien zugleich), um die Schutzmaßnahmen zu erschweren.

Schutzmaßnahmen

Vorbereitende Maßnahmen. Da alle Krankheiten bekannt und die Erreger weitgehendst erforscht sind, kann man geeignete Abwehrmethoden entwickeln und wirksame Schutzmaßnahmen ergreifen.
Unsere behördlichen Einrichtungen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten bei Menschen und Tieren lassen alle Seuchen unter Kontrolle bringen. Im gleichen Sinne arbeitet der Pflanzenschutzdienst mit seinen Pflanzenschutzämtern. Diese Einrichtungen sind das Rückgrat der Schutzmaßnahmen. Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehören die Bereitstellung von Schutzmasken oder Behelfsschutz, Medikamenten, Impfstoffen, Desinfektionsmitteln u. a. Von Bedeutung sind ständige Kontrollen der Lebensmittel und der Wasserversorgungsanlagen. Die gesamte Bevölkerung ist aufzuklären, verdächtige und absonderliche Krankheitserscheinungen bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie das vermehrte Auftreten von Insekten oder das gehäufte Auffinden verendeter Tiere unverzüglich zu melden. Die tätige Mithilfe jedes einzelnen ist daher unerläßlich.
Die altbewährten Grundsätze von Hygiene, wie Sauberkeit, Ungezieferbekämpfung, Beseitigung von Schmutz und Unrat, sind wesentliche, allgemeine Vorbeugungsmaßnahmen. Sie haben in Katastrophenfällen und in Kriegszeiten besondere Bedeutung.
Verhalten bei einem Angriff. Der Einsatz biologischer Kampfmittel wird nicht so schnell erkennbar sein. Die Zeit zwischen Aufnahme und dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen ist keine Frage von Stunden, sondern mehr von Tagen (im Gegensatz dazu kann man radiologische und chemische Kampfstoffe sofort feststellen).
Wird ein Angriff mit biologischen Waffen erwartet, so sollen Schutzräume mit Schutzbelüftungsanlagen aufgesucht werden. Anderenfalls sind geschützte Plätze aufzusuchen und Schutzmasken aufzusetzen! Alle Körperteile sind sorgfältig abzudecken; Augen, Mund und Nase können behelfsmäßig durch ein Tuch geschützt werden. Tiere und Pflanzen sind im Freien besonders gefährdet.
Hilfs- und Schutzmaßnahmen nach einem Angriff. Nach einem Angriff werden Desinfektionsmaßnahmen durchzuführen sein. Die Entkeimung von Räumen kann mit Hilfe von Desinfektionsmitteln erfolgen. Das wirkungsvollste Mittel, um Krankheitserreger oder andere Giftstoffe vom Körper bzw. von Sachen und Kleidern zu entfernen, ist das Waschen mit Wasser und Seife oder noch besser das Abreiben bzw. das Abbürsten mit einem Desinfektionsmittel. Nahrungsmittel und Wasser werden erhitzt oder gekocht (mindestens auf 100° C für 30 Minuten). Tiere sind gut zu beobachten und beim Auftreten verdächtiger Erscheinungen sofort abzusondern. Betroffene Pflanzen werden verbrannt.
Ärzte, Tierärzte und geschultes Personal können Auskunft und Verhaltungsregeln geben. Die Untersuchung von Proben beschleunigt die Feststellung der Kampfmittelart und gibt Hinweise für die Behandlung und den weiteren Schutz.
Angeordnete Bekämpfungsmaßnahmen (Impfungen, Einnehmen von Medikamenten) müssen im Interesse der ganzen Bevölkerung durchgeführt werden, auch wenn sie für den einzelnen unbequem sind.

Schutzraumbauten-Sammelschutz

Allgemeines: Es gibt sehr vielfältige Möglichkeiten für einen Angreifer, mit dem Arsenal vorhandener Waffen vernichtende Angriffe auf die Bundesrepublik durchzuführen. Der Angreifer kann sich darauf beschränken, vor allem die militärische Verteidigung der Bundesrepublik zu lähmen oder auszuschalten. In diesem Falle würde die Umgebung militärischer Anlagen gefährdet sein. Der Angreifer kann seine Angriffe auch gegen die ihm schon im Frieden bekannten technisch-wirtschaftlichen Zentren richten (Angriffsweise der USA-Luftwaffe ab August 1944) und so den Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens, der Produktion und der Verteilung herbeiführen. Schließlich kann er die Ballungsgebiete der Bevölkerung, die Großstädte und Mittelstädte, mit Terrorangriffen heimsuchen, um dadurch ein Versagen der seelischen Widerstandskraft herbeizuführen (Angriffsart der alliierten Luftwaffen 1942—44). Obwohl die letztere Angriffsart nur sinnlose Verluste auf beiden Seiten forderte, jedoch ihren Zweck, den Krieg zu beenden, gänzlich verfehlte, kann man die Möglichkeit dieser Angriffsart nicht ausschließen. Man wird daher bei den baulichen Maßnahmen des zivilen Bevölkerungsschutzes von der ungünstigsten Situation ausgehen müssen, d. h. von



Tragbare Fernsprechvermittlung für 10 OB-Anschlüsse mit Amtszusatz

TRAGBARE FERNSPRECH-VERMITTLUNGSEINRICHTUNGEN

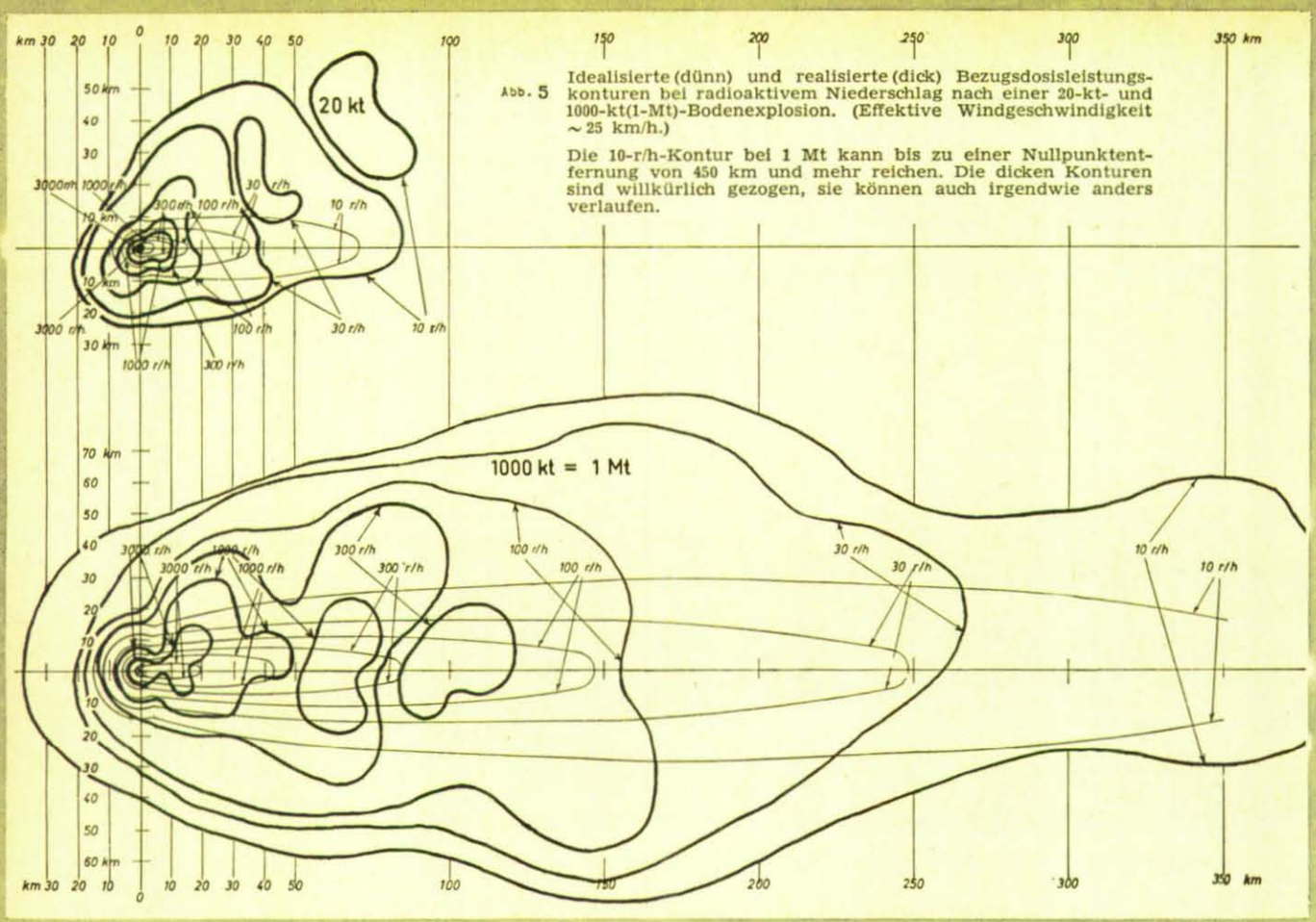
und fest eingebaute Anlagen in jeder Größe für den zivilen Bevölkerungsschutz, Katastropheneinsatz usw. liefert

ATF · DETEWE GMBH & CO · HAMBURG

ABT. FB KÖLN · HOHENSTAUFENRING 16/18 · RUF 234841

Abb. 5 Idealisierte (dünn) und realisierte (dick) Bezugsdosisleistungskonturen bei radioaktivem Niederschlag nach einer 20-kt- und 1000-kt(1-Mt)-Bodenexplosion. (Effektive Windgeschwindigkeit ~ 25 km/h.)

Die 10-r/h-Kontur bei 1 Mt kann bis zu einer Nullpunktentfernung von 450 km und mehr reichen. Die dicken Konturen sind willkürlich gezogen, sie können auch irgendwie anders verlaufen.



Oben: So etwa muß man sich die Verbreitung des radioaktiven Niederschlages vorstellen. Unten links: Sind chemische Kampfstoffe oder radioaktiver Niederschlag festgestellt worden, so muß der Umfang des betroffenen Gebietes eindeutig festgestellt und klar markiert werden.

gezielten Angriffen auf die städtebaulichen Ballungsgebiete. Betrachtet man hierzu die Lehrtafel 1 der Waffenwirkungen und Reichweiten, so fallen die großen Unterschiede der Reichweite ins Auge. Es gibt praktisch zwei Situationen für den Angegriffenen:

Er befindet sich entweder im engeren Wirkungsbereich der Waffen oder im weiteren Bereich indirekter Wirkung.

Der engere Bereich stellt eine etwa kreisförmige Fläche dar, mit einem Durchmesser, der auch bei schwersten Kalibern nicht über einige km hinausgehen wird.

Der weitere Bereich kann kaum festgelegt werden, weil hier örtlich und zeitlich zufällige Dinge mit hineinspielen.

Auf ein Schutzraumbauprogramm bezogen, heißt das: Für den engeren Wirkungsbereich müssen Schutzraumbauten konstruiert werden, die dort Schutz gegen den gesamten Komplex möglicher Waffenwirkungen bieten. Für den weiteren Bereich, in dem voraussichtlich nur mit der Gefahr radioaktiver, chemischer und biologischer Niederschläge zu rechnen wäre, sind Schutzraumbauten erforderlich, deren Schutzumfang vornehmlich auf die Auswirkungen der Rückstandsstrahlung abgestellt ist. Hierbei sollte man aber auch den „Trümmerschutz" in die Mindestforderungen für einen Schutzraum hineinnehmen, da bei einem Angriff mit konventionellen Waffen mit starken oberirdischen Zerstörungen, d. h. mit dem Zusammenstürzen von Gebäuden gerechnet werden muß.

In dem engeren Wirkungsbereich sind in erster Linie die Druckstoßwellen maßgebend, die von einer atomaren Explosion ausgelöst werden. Die Umfassungsbauteile eines Bauwerkes müssen daher in der Lage sein, den entstehenden Überdruck aufzunehmen. Gleichfalls muß durch entsprechende Dicke der Umfassungsbauteile sowie Erdüberdeckung dafür gesorgt werden, daß die energiereiche Anfangsstrahlung auf ein erträgliches Maß abgemindert wird.

Die Wärmestrahlung wird, wie schon gesagt, bei unterirdischer Lage der Schutzraumbauten keine Wirkung auf die Umfassungsbauteile oder Raumabschlüsse ausüben können. Es kommt nun die Wahl des Bautyps:
Den größten Schutzumfang besitzt ein Schutzstollen mit entsprechender Tiefenlage oder Überdeckung.
Ein Schutzbunker verfügt nur über verringerten Schutzumfang, d. h. er schützt gegen Volltreffer herkömmlicher Sprengkörper bis 1000 kg Ladungsgewicht, dann gegen Wirkungen von Kernwaffen bei Luftexplosionen bis zu einem Überdruck von 9 atü, selbstverständlich auch gegen Brandwirkung, radioaktive, biologische und chemische Kampfstoffe.
Wie der Schutzstollen gibt auch der Schutzbunker die Möglichkeit, eine größere Zahl von Schutzsuchenden unterzubringen. Der Schutzbunker kann bis zu 1500, der Schutzstollen bis zu 15 000 Personen aufnehmen. Bei beiden Bautypen ist vorauszusetzen, daß ein entsprechendes Einzugsgebiet vorhanden ist, daß also innerhalb bestimmter — sehr kurzer — Zeit die genannte Anzahl schutzsuchender Personen eingeschleust werden kann. Das deutet schon auf den Standort dieser Schutzanlagen hin:
Im Zentrum von Großstädten,
an Ballungspunkten des innerstädtischen Verkehrs, an Bahnhöfen,
an Ein- und Ausgängen großer Betriebe usw.
Schutzstollen wie Schutzbunker haben nur den Nachteil, daß sie einen großen wirtschaftlichen Aufwand erfordern. Hinzu kommt die Frage, ob sie bei den vermutlich sehr kurzen Warnzeiten tatsächlich belegt werden können, und ob es nicht sinnvoller ist, kleinere Schutzbauten mit beschränktem Fassungsvermögen vorzuziehen, die dann wirklich in wenigen Minuten erreicht und gefüllt sein werden.
Dieser Konzeption entsprechen die Luftstoßschutzbauten, deren Baukosten — je Person gerechnet — sicher nur einen Bruchteil der Kosten der großen Schutzanlage ausmachen. Die Luftstoßschutzbauten sind, wie schon erwähnt, nicht „volltreffersicher" beim Einsatz konventioneller Waffen. Sie würden aber bei Nahtreffern im engeren Bereich, in der Erschütterungszone, noch standhalten. Bei der Einplanung dieser Schutzbauten ist deshalb zu beachten, daß sie in einem gegenseitigen Abstand von etwa 30 m angelegt werden, damit ein Volltreffer nicht gleichzeitig mehrere Schutzbauten vernichtet. Da aber der Luftstoßschutzbau S 9 die gleiche Druckresistenz wie ein Schutzbunker besitzt, wenn es sich um Wirkung atomarer Waffen handelt, dürfte an einen Neubau von Schutzbunkern nur dort gedacht werden, wo gar keine Möglichkeit besteht, die Schutzsuchenden in Schutzbauten aufzunehmen.
Ein großes Schutzraumbauprogramm wird sich mithin in erster Linie auf die Anlage von Luftstoßschutzbauten in gefährdeten Gebieten stützen. In den Gebieten, in denen nur mittelbare Waffenwirkungen — wie radioaktive Niederschläge — auftreten können, dürfte ein Strahlungsschutzbau ausreichend Schutz bieten, sogar Teilschutzbauten und Behelfsschutzbauten (mit Trümmerschutz und Strahlungsschutz) werden die Schutzsuchenden vor Fernwirkungen schwerer Angriffe sichern können.
Das unheilvolle Bündel der direkten Waffenwirkungen erzwingt also ganz bestimmte Konstruktionsmerkmale für Schutzraumbauten. Es gilt, in dieser Linie die Lage eines Schutzraumbaues zu beurteilen. Die Schutzwirkung eines voll unterirdischen Raumes ist bekanntlich wesentlich höher als die eines oberirdischen. Ein erheblicher Aufwand an Baustoffen ermöglicht erst, oberirdische Räume so zu konstruieren, daß ihre Umfassungsbauteile eine ausreichende Abminderung der Anfangsstrahlung bewirken. Nach den „Richtlinien für Schutzraumbauten" müßten Wände und Decken eines Schutzraumes, der mit seiner halben Höhe aus dem umgebenden Erdreich herausragt, anderthalbmal dicker als bei einem voll unter Erdgleiche liegenden bemessen werden. Ragt der Schutzraumbau mit mehr als der Hälfte der lichten Höhe über Gelände (oder eine Anschüttung) heraus, dann müssen Wände und Decken sogar doppelt so dick bemessen sein. Diese Bestimmungen werden vor allem durch die unmittelbare Wirkung der Anfangsstrahlung gefordert. Aber auch aus Gründen der Festigkeit ist es unumgänglich, die oberirdischen Bauteile des Schutzbaues zu verstärken.

Strahlenmeßgeräte

Die vom radioaktiven Niederschlag ausgehende Rückstandsstrahlung können wir mit Strahlenmeßgeräten feststellen. Grundsätzlich müssen zwei verschiedene Typen von Strahlenmeßgeräten unterschieden werden, nämlich Dosismesser und Dosisleistungsmesser, die einen vielseitigen Einsatz, sowohl auf dem militärischen wie auch zivilen Sektor, gestatten. Zum letztgenannten Typus (Dosisleistungsmesser) rechnet auch der Volksgeigerzähler, über den am Schluß dieses Abschnittes diskutiert werden soll.
Dosismesser. Ein gebräuchlicher Dosismesser ist z. B. das Taschendosimeter mit Ladegerät. Es erlaubt die Messung der gesamten vom Gerät und somit von seinem Träger empfangenen Strahlungsdosis(-menge) während der Einsatzdauer, z. B. der aktiven Kräfte im LSHD u. a.
Die Dosismessung sagt aus, welche Strahlenmenge bis zum Augenblick der Messung insgesamt vom Menschen aufgenommen worden ist. Die Dosis wird in Röntgen (r) bzw. in Milli-Röntgen (mr) angegeben. Das Gerät wird aufgeladen, bis der dünne Faden auf die Nullstellung gelaufen ist. Das beobachtet man in einem Okular des Dosimeters. In einem radioaktiven Niederschlagsgebiet wandert der Faden vom Wert Null auf höhere r- oder mr-Werte der Skala, die von Zeit zu Zeit vom Träger direkt abgelesen werden können. Eine Feststellung von Alpha- und Betastrahlen ist mit dem Taschendosimeter nicht möglich.
An dieser Stelle sei noch der Filmdosimeter erwähnt. Das ist eine Plakette, die sich aus einer Erkennungsmarke und einem lichtgeschützten Film in einer flachen Kassette zusammensetzt. Die Erkennungsmarke dient zur Identifizierung des Plakettenträgers.
Der Film wird durch radioaktive Strahlung geschwärzt. An dem Grad der Schwärzung wird die empfangene Dosis (r) ermittelt. Das geschieht in besonderen automatischen Geräten durch Entwicklung und Auswertung des Films. Erprobungen deuten darauf hin, daß sich diese Methode der Messung der Strahlenbelastung für den Masseneinsatz möglicherweise als brauchbar erweisen könnte.
Dosisleistungsmesser. Der Dosisleistungsmesser gibt die im Augenblick der Messung am Meßort vorherrschende Strahlenintensität(-stärke) an. Die Maßeinheit ist das „Röntgen je Stunde", abgekürzt: r/h. Die Ablesung erfolgt auf einer in r/h oder in mr/h (Milli-Röntgen je Stunde) geeichten Skala.

LUKAS senkt Arbeitszeiten bis zu 60%

bei allen Arbeiten, die hohe Druck- oder Zugkraft erfordern. Universal-Hydro-Werkzeuge LUKAS in Leichtmetallausführung mit Druckkräften bis zu 200 t arbeiten mit 450 at Betriebsdruck. Deshalb sind sie klein, leicht und handlich.

Abb.: Räumen von Trümmern mit LUKAS

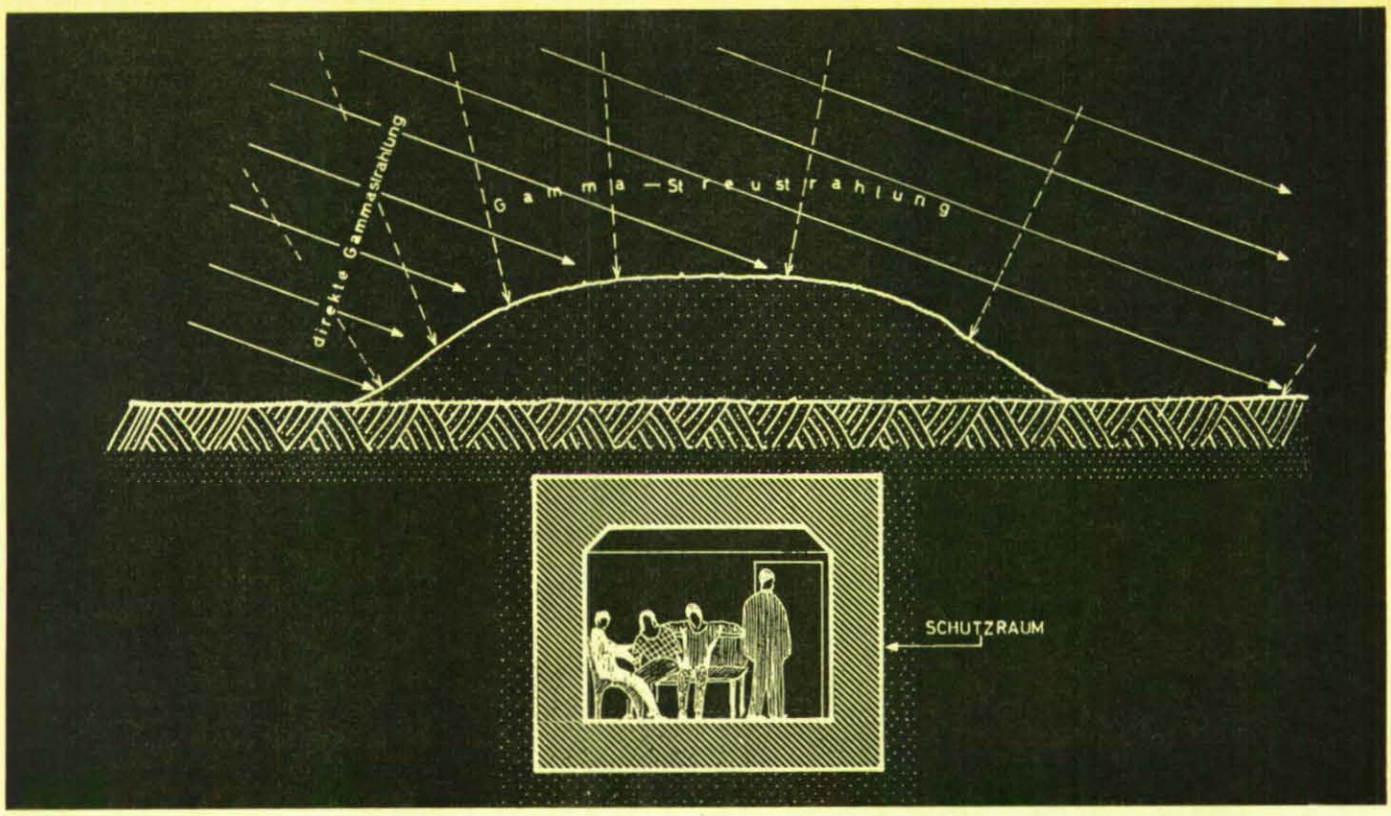
Das Universal Hydro-Werkzeug LUKAS hat sich im Einsatz bei allen Arbeiten bewährt, für die hohe Druck- oder Zugkraft notwendig ist. Einige Anwendungsbeispiele:
Abstützen von Trägern, Mauern usw.; Anheben von schweren Lasten; Aufgleisen von Schienenfahrzeugen; Biegen dickwandiger Rohre; Schieben, Ziehen und Heben von Brücken- oder Gebäudeteilen, Steinblöcken und allen anderen schweren Lasten usw.
Unser LUKAS-Handbuch gibt Ihnen wertvolle Anregungen. Sie erhalten es kostenlos.

FRIESEKE & HOEPFNER GMBH · ERLANGEN-BRUCK

Bitte als Drucksache senden!

Gutschein für LUKAS-Handbuch

FIRMA:
ZEICHEN:
ANSCHRIFT:



Oben: Nur in einem Schutzraum ist der Mensch gegen die Strahlungen geschützt, denn alle Hindernisse zwischen ihm und der Außenwelt schwächen die Intensität ab. Dichte und Dicke des jeweiligen Materials bestimmen den Grad der Abschirmung. Unten: Ein Strahlenmeßgerät gibt dem Träger sofort Aufschluß über die Gammadosisleistung am jeweiligen Meßort.

Volksgeigerzähler. Ein strahlenanzeigendes Gerät nach Art des Volksgeigerzählers (VGZ) vermag nur einen passiven Schutz gegen radioaktive Strahlung zu bieten. Dieser passive Schutz besteht zunächst in der Feststellung, ob überhaupt Strahlung vorhanden ist und bejahendenfalls wie stark diese ist. Sodann ist es dem Schutzsuchenden mit Hilfe des VGZ möglich, den (Keller) Raum oder Teil seines Hauses ausfindig zu machen, in welchem der niedrigste Strahlenpegel angezeigt wird. Darüber hinaus kann der Schutzsuchende durch Abspüren der ins Freie führenden Öffnungen (Fenster, Türen) feststellen, von wo die Strahlung am stärksten in den schützenden Raum eindringt. Diese wichtigen Hinweise führen dann zu abwehrenden aktiven Schutzmaßnahmen, wie etwa das Zusetzen (Schließen) von Öffnungen, durch die die Strahlung bevorzugt einfällt, mit schweren Materialien (z. B. Ziegelsteinen, Betonfertigteilen, Sandsäcken u. ä.) — sofern diese Schutzmaßnahmen nicht schon vorsorglich vor Eintritt einer Katastrophe getroffen worden sind.

Da man zur Zeit mit der Herstellung eines möglichst „idealen" Volksgeigerzählers beschäftigt zu sein scheint, wollen wir versuchen, an dieser Stelle einige technische Anregungen zu vermitteln. Wie auch künftig das Gerät in seiner äußeren Form aussehen mag, es muß klein, handlich und einfach zu bedienen zein. Ein stoßfestes und spritzwasserdichtes Gehäuse muß das Gerätinnere (Zählrohr, Verstärker, Meßinstrument usw.) vor äußeren Einflüssen schützen. Der Zeiger, der sich auf einer Skala innerhalb eines bestimmten Meßbereiches bewegt, soll deutlich sichtbar sein, d. h. eine genügende Breite besitzen, um eine Ablesung selbst bei schwacher Beleuchtung zu ermöglichen.

Der Meßbereich ist nach eingehenden Überlegungen auf 10 mr/h bis 10 r/h festgelegt worden. Dabei geht man von der Annahme aus, daß ein durchschnittlicher Kellerraum einen Schutzfaktor 100 aufweist; das bedeutet, daß die Dosisleistung im Freien 100mal stärker als im Keller ist. Nimmt man an, daß die höchsten Strahlungsintensitäten im radioaktiven Niederschlagsgebiet etwa bei 1000 r/h liegen, so würde in einem Keller — mit dem Schutzfaktor 100 — in diesem ungünstigen Falle eine Strahlungsintensität von maximal 10 r/h zu erwarten sein. Dieser Wert entspräche der oberen Begrenzung des Meßbereiches des VGZ. Als untere Meßgrenze wurden 10 mr/h gewählt, da noch niedrigere Dosisleistungen unter Katastrophenbedingungen als unerheblich vernachlässigt werden können.

Bei einer Prüfung des Geräts muß der Zeiger, selbst wenn man es höchsten Dosisbelastungen aussetzt, im Endanschlag (10 r/h) verharren; er darf nicht zurückgehen! Die Bedeutung dieser Forderung wird klar, wenn man bedenkt, daß ein Rückgang des Zeigers ja zu dem Schluß führen müßte, man wäre keiner oder nur einer geringen Strahlung ausgesetzt.

Neue Bücher

Strahlengefahr und Strahlenschutz

von Oskar Höfling, 248 Seiten mit 43 Abbildungen, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Taschenbücher, Band 1/2. DM 5,80. Verlag Ferd. Dümmler, Bonn, Hannover, Hamburg, Kiel, München.

Der Verfasser will in seinem Buch Sachkenntnisse vermitteln, die frei von jeder politischen oder etwa polemischen Betrachtungsweise sind. Er behandelt das Thema Strahlengefahr und Strahlenschutz ganz vom Standpunkt der Naturwissenschaften. Die von ihm als notwendig erachtete Einführung in die physikalischen und biologischen Grundlagen darf als elegant und gelungen betrachtet werden. Der Autodidakt auf diesen Gebieten wird jedoch guttun, all sein Schulwissen zusammenzuraffen. Höfling setzt gewisse Kenntnisse und ein Minimum an naturwissenschaftlichem Denken voraus. Auch technisches Einfühlungsvermögen beim Lesen der Funktionsweise der Strahlennachweis- und Meßgeräte ist zum leichteren Verstehen förderlich.

Wer dieses Buch nicht nur gelesen, sondern auch dessen Inhalt verstanden hat, ist mit einer beachtlichen echten Wissensgrundlage ausgerüstet, die im sogenannten Atomzeitalter notwendig ist, um über diese Dinge nachdenken und auch evtl. mitsprechen zu können.

■

Not- und Selbsthilfe

von Dr. med., Dr. phil. Hermann Langen, Bereitschaftsbuch bei Unfällen und bedrohlichen Zuständen aller Art, 129 Seiten, kartoniert, 12 cm × 17 cm, Verlag Sebastian Lux, Lieferung durch Cheops GmbH, München 9, Rotdornstraße 5.

Dieses kleine Buch sollte in jedem Kraftfahrzeug an griffbereiter Stelle liegen. Aber auch in Betrieben, ja selbst im Haushalt wird es von großem Wert sein. Die Behandlungen aller vorkommenden Verletzungen, in einem übersichtlichen Inhaltsverzeichnis alphabetisch geordnet, werden leichtverständlich geschildert. So bekommt der Laie Hinweise, wie er sich bei Verletzungen und sonstigen bedrohlichen Zuständen zu verhalten hat. Einleitende Kapitel über Anatomie oder Verbandslehre, die im Ernstfall niemand mehr durchliest, fehlen. Dafür findet der Leser alles Wesentliche bei den einzelnen Kapiteln. Alle Anweisungen beschränken sich auf das im Augenblick Erforderliche, also auf die echte „Erste Hilfe".

Dort, wo die richtige Art und Weise des Kranken- bzw. Verletztentransportes darum so wichtig ist, weil eine falsche Methode das Unglück in nicht mehr gutzumachender Weise verschlimmert, ist besonderer Wert auf die Beschreibung der richtigen Beförderungsart gelegt worden. Not- und Selbsthilfe bei Früh-, Fehl- und Normalgeburten, wie sie in den Bombennächten und auf den Flüchtlingstrecks des vergangenen Krieges oft von Laien praktiziert werden mußte, wird ebenfalls behandelt.

Als sehr praktisch ist auch die Gliederung des Themas anzusehen. Im ersten Teil werden Verletzungen durch äußere Gewalt behandelt und die Maßnahmen beschrieben, die man ergreift. Es wird hierbei nach Art der Verletzung wie folgt vorgegangen: Man stellt den Körperteil fest, der verletzt ist. Dann sieht man nach, um welche Art Verletzung es sich handelt.

Im zweiten Teil findet man die Schädigungen, die durch plötzliche Ereignisse, ohne eigentliche Gewaltanwendung vorkommen, z. B.: Erfrierungen, Erstickungen usw.

Im dritten Teil findet man solche Schädigungen, die bei unerwartet auftretenden Zuständen vorkommen und die Vorkehrungen, die man gegen sie anwendet, z. B. bei Ohnmacht, Hitzschlag usw.

Das Buch wird von namhaften Ärzten emfohlen.

Flieger — heute und morgen

Jet-Piloten in harter Schule, von Wolfgang Späte, 116 Seiten, 67 Abbildungen, farbiger Kartonumschlag, Preis 6,80 DM, Halbleinen Preis 9,80 DM.

Als einer der ersten Piloten der ehemaligen deutschen Luftwaffe hat Wolfgang Späte Strahlenflugzeuge geflogen, Raketen- und Düsenmaschinen.
Der Verfasser hat hier in Form eines Tagebuches seine eigene Ausbildung zum Jet-Piloten in Fürstenfeldbruck beschrieben. Es ist ein sehr instruktives Buch für junge Männer geworden, die sich zur Luftwaffe melden wollen. Aber zu empfehlen für die älteren, weil auch sie sich ein Bild daraus machen können, was jetzt in der Luftwaffe geleistet wird. In sehr knappem Stil, mit fast englisch anmutendem Humor, berichtet Späte über die einzelnen Phasen der Ausbildung und vermittelt damit ein sehr exaktes Bild über die heutige fliegerische Ausbildung und die Anforderungen, die eine mit Überschallgeschwindigkeit fliegende Maschine mit ihrem komplizierten Mechanismus an den Menschen stellt. Gute Fotos illustrieren das Bändchen.

Internationale Übung ziviler Warndienste

Anfang Juni 1963 fand eine mehrtägige internationale Übung der zivilen Warndienste westeuropäischer NATO-Mitgliedstaaten statt. Für die Übung waren internationale Fernmeldeverbindungen geschaltet, die ausschließlich für die Zwecke des zivilen Warndienstes bereitgestellt sind. Die Übung führte die Bezeichnung DUST STORM. Außer der Bundesrepublik nahmen an ihr Dänemark, Großbritannien, Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich teil. Die Übung brachte wertvolle Ergebnisse für die internationale Zusammenarbeit beim Austausch von Meldungen über nukleare Detonationen und von Voraussagen über grenzüberschreitende radioaktive Niederschläge.

Fahrbare Ausstellung „Unser Selbstschutz"

Der Einsatzplan für die Fahrbare Ausstellung mit der neuen Thematik „Unser Selbstschutz" sieht folgende Orte vor: *Kiel:* 15. bis 19. September; *Neumünster:* 22. bis 26. September; *Lübeck:* 29. September bis 4. Oktober; *Helmstedt:* 8. bis 11. Oktober; *Wolfenbüttel:* 13. bis 19. Oktober; *Braunschweig:* 21. bis 26. Oktober; *Wanne-Eickel:* 4. bis 9. November; *Wattenscheid:* 11. bis 16. November; *Herne:* 18. bis 23. November; *Castrop-Rauxel:* 25. bis 30. November.

Bezugsquelle *für*

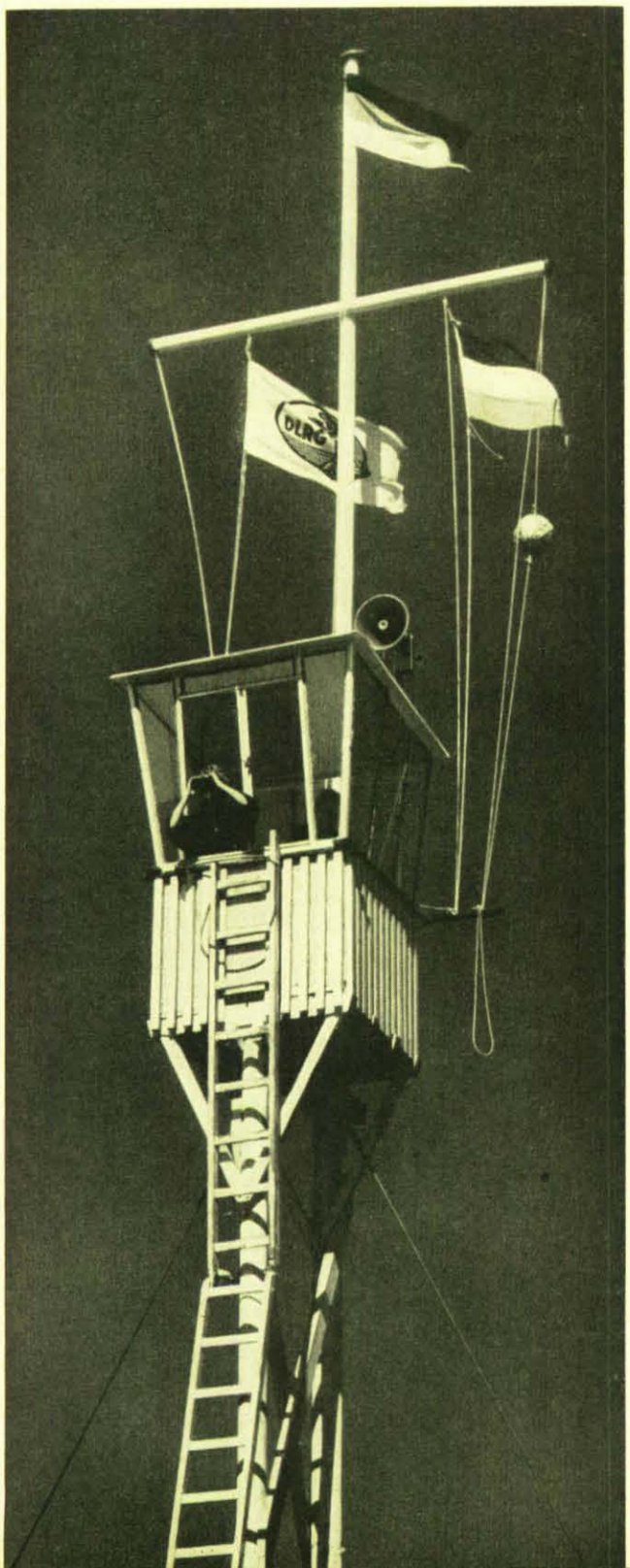
Feuer-, Gas-, Katastrophen-, Luft-, Strahlen- u. Unfall-Schutzgeräte

DR. RICHARD WEISS NACHF.

1 Berlin 42 Ruf 75 18 05/06 — gegründet 1924 — 48 Bielefeld 60 4 19

50 Jahre

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft



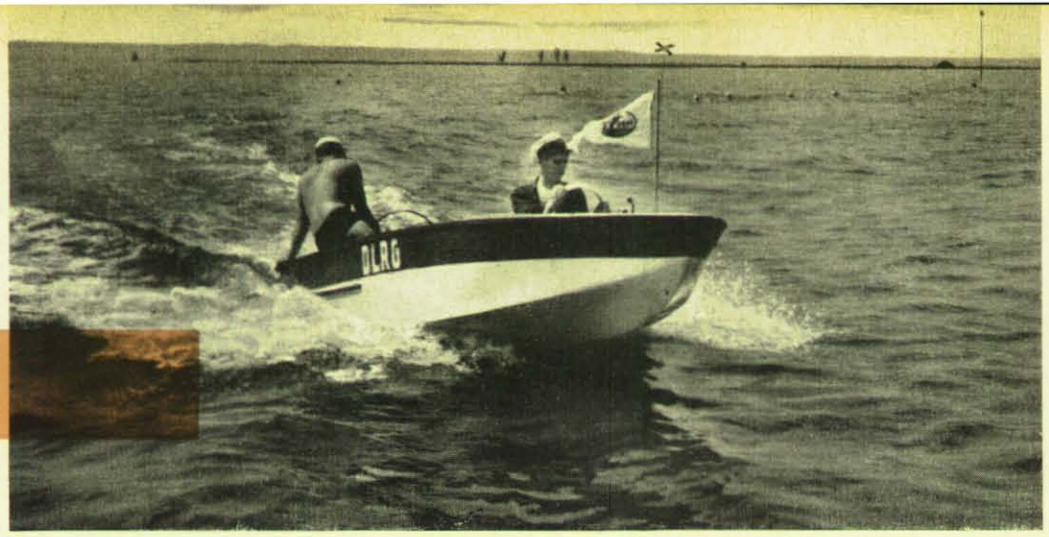
Besondere Rettungsgesellschaften, die sich die Aufgabe stellten, Menschen vor dem Ertrinken zu retten, entstanden in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts zuerst in Holland und Frankreich. In Hamburg und Kopenhagen folgte man bald diesem Beispiel. Dann waren es die Engländer, die planmäßig den Kampf gegen den „Nassen Tod" aufnahmen und 1874 die Human Life Saving Society gründeten. Die Leistungen dieser Gesellschaft, die allen anderen Ländern bei der Gründung einer eigenen Lebens-Rettungs-Gesellschaft zum Vorbild gedient hat, wurde 1904 durch den Namen Royal Life Saving Society anerkannt. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde in Deutschland die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger gegründet, die ihre segensreiche Tätigkeit nur auf Seegebiet ausübt.
Der 1886 gegründete Deutsche Schwimmverband sah es mit als eine seiner Aufgaben an, im Rahmen des Schwimmsports den Rettungsgedanken zu pflegen. In der Folgezeit zeigte sich aber, daß auf diese Weise der Rettungsgedanke nicht zum Allgemeingut des Volkes werden konnte. Vorübergehend entstand darum die Lebens-Rettungs-Gesellschaft DSV, die 1912 von dem Mannheimer Walter Mang und dem Greifswalder Studenten W. Bunner ins Leben gerufen wurde.

Das Badeunglück in Binz

Im vergangenen Jahr jährte sich zum 50. Male der Tag, an dem beim Einsturz der Landungsbrücke des Ostseebades Binz auf Rügen 17 Menschen ertranken. Es leben heute nur noch wenige Augenzeugen. Mit Grausen erinnern sie sich noch alle der schrecklichen Szenen, die sich an jenem heißen Nachmittag des 28. Juli 1912 abspielten. Etwa 1000 Menschen bewegten sich auf der rund 800 m in die Ostsee hinausragenden Landungsbrücke. Besonders stark war der Andrang an der Spitze der Brücke, als der Bäderdampfer Kronprinz Wilhelm anlegen wollte. In diesem Augenblick brach ein Querbalken, so daß 60 bis 80 Menschen wie eine Traube ins Wasser stürzten. An Bord des Bäderdampfers und auf der Landungsbrücke sah man entsetzt zu, wie die Menschen, von denen die wenigsten schwimmen konnten, um ihr Leben kämpften. Einer suchte Hilfe beim anderen. Besonders hilflos waren die im Wasser um ihr Leben ringenden Kinder.
Von deutschen Kriegsschiffen, die bei der Insel Rügen ihre Sommermanöver abhielten, wurden sofort Rettungsboote entsandt. Von dem Bäderdampfer aus wurden 400 Korkwesten und sonstiges Rettungsmaterial über Bord geworfen. Matrosen, die sich gerade auf der Landungsbrücke befanden, sprangen ins Wasser, um zu helfen; so rettete einer von ihnen acht Menschen. Für 17 Badegäste allerdings kam jede Hilfe zu spät.
Dieses Unglück, dessen Ausmaß in den folgenden Jahren von vielen weit größeren Katastrophen übertroffen wurde, hatte seine besondere Bedeutung deshalb, weil es zum ersten Male in der ganzen deutschen Öffentlichkeit deutlich machte, wie rückständig man doch in der Ausbildung des Rettungsschwimmens und in der Wiederbelebung Ertrunkener war.

Der Weg der DLRG

In vielen Schwimmvereinen wurde damals das Rettungsschwimmen gepflegt. Das schreckliche Unglück in Binz auf Rügen aber war der letzte Anstoß zur Bildung einer über



ganz Deutschland verbreiteten Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die schließlich am 19. Oktober 1913 nach einem Aufruf vieler hochgestellter Persönlichkeiten, der in allen Zeitungen veröffentlicht wurde, in Leipzig gegründet wurde.
Als Sinnbild der Gesellschaft hätte man nichts Treffenderes finden können als den mit weit geöffneten Schwingen verharrenden Adler, der wachsam nach mit den Wellen ringenden Menschen ausspäht. Die DLRG begann im deutschen Volke Wurzeln zu fassen. Überall sah man bald ihr Zeichen; bis die so verheißungsvoll angelaufene Arbeit durch den ersten Weltkrieg unterbrochen wurde.
Am 10. Januar 1925 fand die Wiedergründung der DLRG mit Sitz in Berlin statt. Vorher war im Mai 1922 in Bonn der erste deutsche Kongreß des Schwimm-Rettungswesens von der DLRG durchgeführt worden. Die folgenden fünf Leitsätze wurden dabei als Maßnahmen gegen die Ertrinkungsgefahr verfaßt:

1. Für alle Schulen vorbildlicher Schwimmunterricht.
2. Heranbildung von Schwimmlehrern.
3. Gewinnung aller Studenten für die Gedanken der DLRG.
4. Schaffung zweckmäßiger Bade- und Schwimmgelegenheiten für Schule und Allgemeinheit.
5. Gründliche Ausbildung der Lehrerschaften im Schwimm- und Rettungswesen.

Unter der Leitung ihres Vorsitzenden Georg Hax erwarb sich die DLRG große Verdienste. In den ersten drei Jahrzehnten ihres Bestehens bildete die DLRG mehr als eine Million Rettungsschwimmer aus. Tausende wurden vom Tode des Ertrinkens gerettet. Die DLRG wuchs aus eigener Kraft zur größten Organisation heran, die als selbständige, gemeinnützige Einrichtung den Ertrinkungstod bekämpft.

Oben: DLRG-Motorrettungsboot auf Wachfahrt. Rechts: Aufmerksam überwachen gut geschulte Rettungsschwimmer den Badebetrieb. An vielen Stellen wurden hohe Beobachtungstürme errichtet (linke Seite). Unten: Ein praktisches Gerät, das die schwierige Rettungsarbeit unterstützt.

Aufbau und Aufstieg seit 1947

Im Jahre 1947 wurde die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft als Arbeitsgemeinschaft der vereinten Zonen in Wiesbaden neu zusammengefaßt. Die grundlegende Satzung wurde 1948 in Göttingen bestätigt. Drei Jahre lang führte Adolf Philippi als Vize-Präsident die Geschicke der DLRG, um die er sich große Verdienste erworben hat. 1950 wurde dann Dr. Max Grotewahl (Kiel) zum Präsidenten gewählt. Ihm folgte Dr. Vollmer. Seit 1953 wird die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft von Prof. Dr. med. Wilhelm Thomsen (Bad Homburg) geleitet. Seit 1952 gehört die DLRG auch als führendes Mitglied der Fédération Internationale de Sauvetage (FIS) an. Ein besonderer Höhepunkt in der organisatorischen Tätigkeit war die Ausrichtung der Internationalen Rettungs-Wettkämpfe durch die DLRG 1959 in Wiesbaden.
Fast 33 000 Menschen — das entspricht der Einwohnerzahl einer mittleren Stadt — wurden von 1950 bis 1962 vor dem Ertrinken gerettet, davon rund 5600 unter besonders schwierigen Umständen. Außerdem wurde in dieser Zeit in fast 190 000 Fällen Erste Hilfe geleistet. Die Zahl der von der DLRG in den letzten 13 Jahren Ausgebildeten beläuft sich auf rund 3,56 Millionen, darunter 653 000 Rettungsschwimmer. Noch immer aber baut die DLRG ihre Rettungseinrichtungen weiter aus. Sie ruft die Jugend, die Lehrerschaft, die Eltern — überhaupt das ganze deutsche Volk, ihr dabei zu helfen. Der Kampf gegen den „nassen Tod" darf nie erlahmen!

Klaus Bartnitzke

Landesstellen berichten

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Stadtväter unterstützen den Bundesluftschutzverband

Auf der Orts- und Kreisstellenleitertagung der Landesstelle Schleswig-Holstein in Neumünster konnten die Teilnehmer mit größter Genugtuung feststellen, daß sowohl der Oberbürgermeister von Neumünster als auch der Stadtpräsident durch ihr persönliches Erscheinen auf der Tagung ein starkes Interesse bekundeten, das sie der Organisation des Bundesluftschutzverbandes und dem Aufbau des Selbstschutzes entgegenbringen. Der Oberbürgermeister räumte ein, daß der Selbstschutz eine zwar unpopuläre, aber lebensnotwendige Aufgabe sei. Er beklagte, daß die gesetzliche Regelung, namentlich auf dem Gebiet des baulichen Luftschutzes, noch nicht zum Abschluß gebracht sei und die Städte deshalb nicht in der Lage sind, öffentliche Schutzraumbauten in Angriff zu nehmen. Die eigenen Finanzmittel der Städte reichten keineswegs aus, um öffentliche Schutzräume mit ausreichender Kapazität zu schaffen. Er nannte die Helfer und Beauftragten des BLSV „Amtsbrüder", die mit ihm die gleichen Sorgen tragen. Der Stadtpräsident regte in seinem Schlußwort an, vor den Ratsmitgliedern der Stadt Neumünster baldigst die Aufgaben des Bundesluftschutzverbandes zu erläutern und über das Selbstschutzgesetz zu diskutieren.
Oberbürgermeister und Stadtpräsident hoben hervor, daß diese Arbeitstagung ihr besonderes Interesse erweckt habe, weil hier vornehmlich die Aufklärungsarbeit für die Öffentlichkeit behandelt werde. Beide versicherten, daß sie die Aufklärung der Bevölkerung für notwendig und vordringlich hielten.

NIEDERSACHSEN

Zehn Jahre BLSV-Arbeit im Kreis Ammerland

Unter reger Beteiligung der Bevölkerung, Vertreter der Behörden, Vereine und Verbände fand in Westerstede die Feier zum zehnjährigen Bestehen der BLSV-Kreisstelle Ammerland statt.
Bezirksstellenleiter Pranke, Oldenburg, brachte in seiner Ansprache zum Ausdruck, daß hier durch den selbstlosen Einsatz ehrenamtlicher Helfer eine vorbildliche Organisation geschaffen worden ist. Der „Ammerländer Luftschutz" biete die Gewähr dafür, daß im Katastrophenfall eine perfekte Organisation bis ins letzte Haus vorhanden ist.

Wenn im Ammerland der Selbstschutz der Bevölkerung planvoll und verantwortungsbewußt aufgebaut wurde, so sei dies in erster Linie das Verdienst des Kreisstellenleiters Kissel, der in zehnjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit allen Widerständen zum Trotz und unter großen Opfern an persönlicher Freizeit nie müde wurde, immer aufs neue zu demonstrieren: Besser ein Luftschutz ohne Krieg als ein Krieg — den niemand wünsche — ohne Luftschutz.

Ortsstellenleiter Malzahn wies darauf hin, daß die Organisation des BLSV im Kreis Ammerland verhältnismäßig früh begann. Von Jahr zu Jahr hätten sich mehr Menschen von der Notwendigkeit des Selbstschutzes überzeugen lassen. Waren es zuerst nur 6 Helfer, so könne man heute die stattliche Zahl von 800 nennen. Ohne das Verständnis und die Mithilfe der Kommunalbehörden wäre dieses erfreuliche Ergebnis allerdings nicht möglich gewesen.

„Wir glauben, daß wir uns mit Protesten und Resolutionen nicht begnügen sollten, sondern daß es verantwortungsbewußter ist, rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen die lebensbedrohenden A-Waffen einzuleiten." Diese Worte richtete Kreisstellenleiter Kissel an die Anwesenden. Er schilderte den Aufbau des zivilen Bevölkerungsschutzes im Ammerland, gab einen Rückblick auf die geleistete Arbeit und dankte seinen ehrenamtlichen Helfern für ihre Treue und Einsatzbereitschaft. Sein Dank galt auch den Behörden und Schulen, die durch ihr Verständnis wesentlich dazu beigetragen haben, daß der zivile Selbstschutz im Ammerland aufgebaut werden konnte.
Der örtliche Luftschutzleiter Groß sprach kurz über den Einsatz der Führungskräfte und aller Mitarbeiter des BLSV. Er darf mit Gewißheit sagen, daß der Selbstschutz in Westerstede funktioniert. Seine Stadt ist für alle Katastrophenfälle gerüstet.

Den Abschluß des Abends bildete die Verleihung der Gedenkmedaillen an 3 BLSV-Helfer aus Torsholt, die bei der Flutkatastrophe in Hamburg im Einsatz standen.

Bezirksstellenleiter Pranke überreichte die Medaillen, Urkunden und Buchgeschenke vom Senat der Hansestadt Hamburg und übermittelte den Dank des Stadtoberhauptes Bürgermeister Nevermann an die Helfer Gerhard Deetjen, Torsholt, Gerold Leffers, Torsholt, Manfred Sommer, Torsholt.

Ein Film über die Flutkatastrophe in Hamburg und den Einsatz des BLSV zeigte deutlich, daß unserem Verband auch in Friedenszeiten Aufgaben gestellt sind, die Einsatzfreudigkeit und Hilfsbereitschaft des einzelnen erfordern, zugleich aber auch eine bis ins kleinste geplante Organisation voraussetzen.

Das Erfreuliche dieses Abends war, hier fanden Menschen zusammen, die kein Gesetz zu ihrer Aufgabe zwang, sie kamen freiwillig, und sie sind bereit, ihre Pflicht zu tun, wohin man sie auch stellen mag.

Erika Schoknecht

Bezirksstellenleiter Pranke bei der Verleihung der Flutmedaillen.

RHEINLAND-PFALZ

Auch die Frau muß sich zu helfen wissen!

Nicht nur die Unterweisung in Erster Hilfe, sondern ganz besonders eine Ausbildung in Geburtshilfe, Wöchnerinnen- und Kleinstkinder-Betreuung sei in Notzeiten für die Frau von größter Wichtigkeit. Das sagte Frauenreferentin Dr. E. Geimick auf einem Sonderlehrgang für Frauensachbearbeiterinnen der BLSV-Landesstellen Anfang Juni auf der Bundesschule in Waldbröl.

Gerade in Katastrophenzeiten kann es infolge von Schockwirkungen auch zu Frühgeburten kommen. Welche junge Frau jedoch ist heute in der Lage, Geburtshilfe zu leisten? Diese Frage war der Anlaß, um erstmals ein Referat über Erste Hilfe bei Geburten in das Lehrgangsprogramm aufzunehmen.

33 Frauen folgten interessiert den Ausführungen der Leiterin der Landeshebammenschaft von Nordrhein-Westfalen, Frau E. Kempermann. Schließlich werden auch in Schutzräumen Geburten vorkommen. Wichtig sei vor allem, die ersten Symptome einer Geburt zu erkennen und Ruhe zu bewahren, weil sich Nervosität auf die Gebärende überträgt und damit zum Störfaktor wird. Für eine sachgerechte Abnabelung sind Hilfsmittel wie Baumwollbändchen, Schere, Desinfektionsmittel usw. in der Ausstattung der Notapotheke unerläßlich.

Luftschutz-Hausapotheken
Luftschutz-Verbandkasten
Luftschutz-Sanitätstaschen
BLSV-Sanitätstaschen
BLSV-Tragbahren

W. SÖHNGEN GmbH
Spezialfabrik
für Sanitäts-Ausrüstungen
Wiesbaden-Schierstein
Postfach 580

Nach einer Schutzraumbesichtigung, während der wertvolle Anregungen für eine zweckmäßige Ausstattung aus der Sicht der Frau gegeben wurden, fand eine anregende Übung im Freien statt: Das Kochen von Notvorräten auf Behelfskochstellen.

Die Frauen sollten also beweisen, daß sie prädestiniert seien, zu improvisieren. Macht es ihnen zwar keine Schwierigkeit, sich in der mit technischem Komfort ausgestatteten Küche zurechtzufinden; aber was tun ohne Gas-, Elektro- oder Kohleherd?

Zuerst begann die Suche nach geeignetem Material. Die Ruinen des Übungsgeländes boten Steine und — wenn auch feucht — Holz und Papier. Schnell waren vier Feuerstellen zusammengebaut. Um den richtigen Durchzug zu erhalten, mußte die Windrichtung festgestellt werden, aber bald brannte es nach anfänglichem Qualmen in allen Feuerstellen. Bereits nach etwa 25 Minuten konnten Kaffee und Tee, nach weiteren 20 Minuten Erbsensuppe und Spaghetti mit Gulasch ausgegeben werden.

Der Beweis war also erbracht, daß es den Frauen durchaus gelingt, schwierige Situationen auch mit primitiven Mitteln zu meistern.

Die Teilnehmerinnen vertieften nicht nur ihr fachliches Wissen, sondern nahmen vor allem wertvolle praktische Anregungen mit nach Hause.

Christa Immicke

Oberbürgermeister Fritz Rahmen verleiht in seinem Dienstzimmer vier BLSV-Helfern die Ehrennadel der Stadt Rheydt. Auf unserem Bild von links nach rechts stehend: Oberbürgermeister Fritz Rahmen, BLSV-Bezirksstellenleiter Paul Behr, Ortsstellenleiter Heinz Corsten; sitzend: v. l. n. r.: die ausgezeichneten BLSV-Helfer Dieter Kruth, Hubert Kremer, Jürgen Schmidt, Günter Wegener.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Stadt Rheydt ehrt BLSV-Flutkatastrophen-Helfer

Der Oberbürgermeister der Stadt Rheydt, Fritz Rahmen, überreichte am 26. Juni den fünf Helfern der Ortsstelle,

Dieter Kruth,
Hubert Kremer,
Jürgen Schmidt,
Günther Wegener,
Manfred Wendszewski,

die im Februar dieses Jahres mit der Dankmedaille der Hansestadt Hamburg ausgezeichnet wurden, die Ehrennadel der Stadt Rheydt.

Die Verleihung fand im Rahmen einer kleinen Feierstunde statt. In einer kurzen Begrüßungsansprache überbrachte der Oberbürgermeister den Dank der Stadt an die Helfer für ihren selbstlosen Einsatz und erwähnte u. a., daß der Rat der Stadt einstimmig der Verleihung der Ehrennadel an die BLSV-Helfer als äußeres Zeichen der Anerkennung der Heimatstadt zugestimmt habe. Im Namen der Ausgezeichneten bedankte sich Herr Wegener, jetzt Ortsstelle Essen, für die Ehrung.

Aufklärung voran!

Arbeitstagung VI der Bundeshauptstelle

Was die Bundeshauptstelle den vom 19. bis 22. 6. 1963 in Haltern, Hotel „Seestern", anwesenden Sachbearbeitern VI (Aufklärung und Werbung) der Ortsstellen nach § 9, 1. ZBG aus den Landesstellen Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und NRW zuzüglich der Bereichsstellen von Hamburg mitzuteilen wußte, war sehr ermutigend:

Zunehmendes Verständnis bei den zuständigen Ministerien für die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Aufklärungsarbeit des BLSV;

als Folge davon Bewilligung größerer Mittel für die Aufklärungsarbeit;

hierdurch zusätzliche Möglichkeiten, die Aufklärungsarbeit auf Bundes-, Landes- und Ortsebene zu intensivieren;

Entwicklung und Fertigstellung von Einrichtungen der Aufklärung und Werbung (fahrbare Ausstellungen, Tonbildschauen, neue Plakate und Werbeschriften u. a. m.).

Ermutigend war aber auch, was viele der in Haltern vertretenen Ortsstellen über die Arbeit auf örtlicher Ebene berichteten. Ihre Ausführungen gaben Zeugnis von dem selbstlosen Einsatz der ehrenamtlichen Helfer und der wenigen hauptamtlichen Kräfte, besonders da, wo Schwerpunktarbeit geleistet wurde: Selbstschutzwochen, LS-Ausstellungen, Schaufensterwerbungen u. a. m. Für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung solcher Veranstaltungen stellten sie ihre Freizeit, in vielen Fällen sogar ihren Erholungsurlaub, zur Verfügung. Der Erfolg blieb nicht aus. Viele tausend Helfer wurden auf diese Weise für den Selbstschutz und den BLSV gewonnen.

Die Berichte der Ortsstellen haben aber auch klar erkennen lassen, wie schwierig die Durchführung solcher Veranstaltungen ist und zwar allein von der personellen Seite her. Der Einsatz der ehrenamtlichen Helfer für solche Aufgaben ist nur in Ausnahmefällen zu vertreten. Das kommende Selbstschutzgesetz stellt die Dienststellen auch in der Aufklärung vor noch größere Aufgaben, die nur zu erfüllen sind, wenn eine Verstärkung der Ortsstellen mit hauptamtlichen Kräften erfolgt. In der gewohnten Offenheit wurden alle Fragen ohne jede Polemik diskutiert. Allen schwebte das Ziel vor Augen, die Aufklärungsarbeit im Rahmen der gegebenen Mittel und Möglichkeiten weiter voranzutreiben.

Landesstellenleiter Ketteler, NRW, der an der Tagung ebenfalls teilnahm, beleuchtete in grundsätzlichen Ausführungen die Aufklärungssituation in den Orts- und Kreisstellen. Sein Referat war ein Plädoyer für die Aufklärungsarbeit. Die dem BLSV gestellten Aufgaben, so erklärte der Landesstellenleiter u. a., können nur erfüllt werden, wenn innerhalb der Dienststellen alle für den Aufbau der Organisation vorgesehenen Planstellen mit fähigen Helfern besetzt sind, die Arbeit auf Ortsebene planvoll und organisch erfolgt und die Zusammenarbeit aller Sachgebiete sichergestellt ist.

Referent Dinger, Bundeshauptstelle, dankte den Teilnehmern für ihre bisherige Arbeit und für das Interesse, das sie während der gesamten Tagung gezeigt hatten.

SAARLAND

Selbstschutzausstellung in Merzig

Der Kreis Merzig-Wadern umfaßt 84 Gemeinden und ist mit rund 550 qkm flächenmäßig der größte Kreis im Saarland. Seit über zwei Jahren wird hier neben der Besetzung der BLSV-Dienststellen der Aufbau des Selbstschutzes sehr intensiv und mit gutem Erfolg betrieben. Lediglich in der Kreisstadt Merzig ging die Organisation nicht so voran wie im übrigen Kreisgebiet.

Um der Bevölkerung der Kreisstadt einmal zu zeigen, was mit dem Selbstschutz bezweckt wird, hatte die Kreisstelle Merzig eine Selbstschutzausstellung geplant, die in Zusammenarbeit mit einer zahlenmäßig geringen, aber sehr rührigen Helferschaft der Ortsstelle in der Zeit vom 15. bis 20. Mai im Stadtrestaurant durchgeführt wurde.

Die ersten Gäste hatten sich schon eingefunden, als etwa 20 Minuten vor der Eröffnung die Feueralarmsirenen aufheulten. In einem Mehrfamilienhaus am Stadtrand von Merzig hatte sich eine Gasexplosion ereignet. Eine Frau kam dabei ums Leben. Die an dem Mobiliar entstandenen Brände wurden innerhalb weniger Minuten durch zwei Selbstschutzhelfer ohne nennenswerten Wasserschaden gelöscht, so daß die Feuerwehr nicht mehr einzugreifen brauchte. Hier bestätigte sich abermals, daß der Selbstschutz eine Organisation ist, die auch Friedenswert hat.

Im Schatten dieses Ereignisses vollzog sich die Eröffnung der ersten Selbstschutzausstellung in schlichter Form. Als Ortsstellenleiter begrüßte Stadtoberinspektor Wächter die zahlreichen Vertreter der Behörden, darunter Regierungsrat Hock als Vertreter des Landrats, Bürgermeister Caspar, Kreisbrandmeister Balle, einige Amtsvorsteher und zahlreiche Bürgermeister.

Die Forstverwaltung, das Finanzamt und andere Dienststellen der Kreisstadt sowie verschiedene große Firmen waren ebenso vertreten wie die Presse, der Malteser-Hilfsdienst, das Technische Hilfswerk und sonstige Basisorganisationen.

Hauptsachgebietsleiter Wachsmuth ging als Vertreter des Landesstellenleiters Frhr. von Leoprechting in seiner Ansprache auf den Sinn und Zweck des Selbstschutzes ein, wobei er vornehmlich die friedensmäßige Bedeutung dieser Organisation herausstellte.

Er dankte im Namen der Landesstelle den ehrenamtlichen Helfern für ihren bewiesenen Idealismus und den Behördenvertretern für ihre tatkräftige Unterstützung und erklärte die Ausstellung, der er einen

erfolgreichen Verlauf wünschte, für eröffnet.

In einem Rundgang zeigten sich die zahlreichen Gäste von der wirklich beispielhaften Gestaltung der Ausstellung sehr beeindruckt. Großen Anklang fand die Ausstellung auch bei den übrigen 1300 Besuchern, an die im Laufe von 6 Tagen etwa 4000 Broschüren zur Verteilung kamen. Am Filmwerbewagen, der vor dem Ausstellungslokal aufgestellt war, konnten rund 700 Besucher gezählt werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich in Merzig wirklich interessierte Bürger über den Selbstschutz informierten. Übereinstimmend wurde von zahlreichen Besuchern beim Verlassen der Ausstellung sinngemäß erklärt: „Von den Aufgaben des Selbstschutzes haben wir nun eine klare Vorstellung, und man muß schon sagen, hier kann und darf man nicht abseits stehen."

BADEN-WÜRTTEMBERG

Viele Mißverständnisse über den Zivilschutz wurden ausgeräumt

Eine bedeutende Arbeitsgemeinschaft aus dem Lande Baden-Württemberg führte unter der Leitung ihres Geschäftsführers in Stuttgart ein drei Tage dauerndes Arbeitsseminar mit ihren amtlichen Mitarbeitern und geladenen Gästen, unter ihnen der Landesstellenleiter des Bundesluftschutzverbandes Baden-Württemberg, durch, in dem über Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes referiert und sehr eingehend diskutiert wurde.

Vier Referate, ein politisches, ein militärisches, ein verwaltungspolitisches und ein wissenschaftlich-technisches Referat, legten die Grundzüge der Auffassungen dar und gaben der zu erarbeitenden Materie eine breite Basis für die zu ziehenden Schlüsse und Folgerungen der weiteren Arbeit.

Der erste Referent legte seinen politischen Betrachtungen die Gegenwartssituation, insbesondere den Strukturwandel in den militärpolitischen Auffassungen, zugrunde. Es wurde der Schluß gezogen, daß als kriegsverhindernder Faktor die rein militärischen Schutzvorbereitungen und die Abschreckungstheorie nicht mehr ausreichend seien, daß diese von politischen Maßnahmen und weiteren Schutzvorkehrungen unterstützt werden müßten, um das Kriegsrisiko zu vergrößern und die Verteidigungsbereitschaft glaubhafter zu machen.

Ein Generalstabsoffizier des Wehrbereiches V sprach über das moderne Kriegsbild und führte aus, daß in der augenblicklichen Situation die Zivilbevölkerung einem ABC-Kriege weitgehend schutzlos ausgesetzt sein würde, wenngleich militärische Abwehr und Warnsysteme bestünden.

Dr. Käser, Oberregierungsrat im Innenministerium Baden-Württemberg, sprach über die Vorbedingungen und den Sinn des Luftschutzes. Das Leben der Bevölkerung, die Wohn- und Arbeitsstätten, die Sicherstellung der Ernährung und ärztliche Betreuung, der Erhalt des Kulturgutes und vieles andere mehr sei unbedingt sicherzustellen und zu schützen. Diese Forderungen fänden ihren Niederschlag in dem vorliegenden Notstandspaket, und es sei zu erwarten, daß diese Gesetze die notwendige Grundlage für ausreichende und wirkungsvolle Schutzmaßnahmen geben würden. Dr. Käser schloß seinen Ausführungen einen Appell an alle politisch wirkenden Organisationen an, für die karitative Arbeit des Bundesluftschutzverbandes und der Luftschutz-Hilfsdienste zu werben und aufklärend zu wirken.

Herr Afheldt, Hamburg, Mitautor der von der Vereinigung deutscher Wissenschaftler e. V. herausgegebenen Broschüre „Ziviler Bevölkerungsschutz heute", vertrat die in dieser Schrift dargestellten Ansichten und kam zu dem Schluß, daß vorbereitende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in der von der Broschüre vorgeschlagenen Weise unbedingt sinnvoll und notwendig wären! Die nicht kalkulierbaren Auswirkungen einer Katastrophe könnten sicher gemindert werden, auch wenn absoluter Schutz nicht gestellt werden könne.

In der Diskussion gerade zu diesem Referat, bei der die Vereinigung deutscher Wissenschaftler von einem Teilnehmer gebeten wurde, eine Zusammenfassung ihrer Broschüre in allgemeinverständlicher Form zu veröffentlichen, wurden wissenschaftlich-technische und physikalische Einzelheiten erörtert und geklärt, die Dr. Herbst, vom Radiologischen Institut Freiburg, in allgemeinverständlicher Form erläuterte.

Das Fazit aus den Referaten und der Diskussion zog der Leiter des Seminars, als er feststellte, daß viele Mißverständnisse über den Luftschutz ausgeräumt und einiges Verständnis für den Bevölkerungsschutz geweckt worden sei!

Wir suchen

im Raum Südwürttemberg und Bayern einen gewandten

Sachkenner

zur Demonstration und zum Verkauf unserer Feld-Sanitätsausrüstungen. Wir vergüten Gehalt, Reisespesen, Autokosten und legen Wert auf einen Herrn, der sich im Rettungswesen auskennt.

W. Söhngen GmbH., Wiesbaden, Postfach 580

HESSEN

Eine gelungene Aufklärungsaktion

In Bad Homburg v. d. H. fand die Selbstschutzwoche (vom 24. bis 29. Juni) bei der Bevölkerung einen guten Widerhall. Die Stadtverwaltung hatte den BLSV bei seinen Vorbereitungen weitgehend unterstützt. Bürgermeister Dr. Klein hat, indem er Räumlichkeiten, Personal und Fahrzeuge zur Verfügung stellte, in erheblichem Maße zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen.

Als Gäste konnten Regierungsdirektor Göllner als Vertreter des hessischen Ministeriums des Innern und die Landtagsabgeordnete Frau Schnell begrüßt werden, die sich beide für den zivilen Bevölkerungsschutz und besonders für die Arbeit des Bundesluftschutzverbandes einsetzten. Die Referate von Frau Dr. Geimick und Dipl.-Ing. Oehme fanden interessierte Zuhörer.

Eine weitere Unterstützung erfuhr die Selbstschutzwoche durch den Einsatz der Fahrbaren Ausstellung der Bundeshauptstelle, der Standardausstellung und des Filmwerbewagens, die alle einen guten Besuch aufzuweisen hatten.

Als Höhepunkt der Selbstschutzwoche können die praktischen Übungen der Helfer des Bundesluftschutzverbandes angesprochen werden. Hierfür standen ein Selbstschutzzug aus Wiesbaden, zwei Staffeln aus Darmstadt und eine Staffel aus dem Kreis Maintaunus zur Verfügung. Einen wirkungsvollen Rahmen bildete die Abordnung des Luftschutzhilfsdienstes mit einem Sanitätszug, einem Feuerlöschzug, einem Fernmeldezug und einem Versorgungszug.

Eine Hausfeuerwehr demonstrierte mit Eimerwurf und Einstellspritze das Löschen eines Entstehungsbrandes, während die Kraftspritzenstaffel bemüht war, ein in Brand gesetztes Holzhaus zu löschen. Die durch die Rettungsstaffel geborgenen Verletzten wurden von Laienhelfern fachgerecht versorgt und zur ärztlichen Betreuung abtransportiert.

Das Deutsche Fernsehen brachte in der „Hessenschau" eindrucksvolle Aufnahmen von den praktischen Übungen der BLSV-Helfer sowie von der Stadtrundfahrt des Luftschutzhilfsdienstes.

Abschließend kann die Selbstschutzwoche in Bad Homburg als eine gelungene Aufklärungsaktion bezeichnet werden, die bereits in zahlreichen Anfragen aus der Bevölkerung ihren Niederschlag gefunden hat.

BAYERN

Selbstschutz- und Aufklärungsarbeit

Im Versammlungsraum des Katastrophenschutzamtes der Stadt Nürnberg trafen sich am 27. und 28. Juni 1963 zu einer Arbeitstagung die Hauptsachgebietsleiter VI und die Sachbearbeiter VI der Ortsstellen nach § 9, 1. ZBG der Landesstellen Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Diese Arbeitstagung des Referates VI diente der Unterrichtung über zukünftige Aufgaben auf dem Gebiet der Aufklärung und Werbung sowie einem Erfahrungsaustausch.

Stadtrat Albert Bleistein, der Leiter des Katastrophenschutzamtes in Nürnberg, begrüßte die Teilnehmer der Tagung und wies darauf hin, daß trotz der starken Luftangriffe des 2. Weltkrieges auf die Industrie- und Handelsstadt, und trotz der Tatsache, daß neunzig Prozent aller Häuser beschädigt wurden, die Menschenverluste verhältnismäßig gering waren und nicht mehr als 1,5% betrugen. Zwar sei jedes dieser Opfer zu bedauern, doch müsse man zugeben, daß die Verluste bedeutend höher gewesen wären, hätte man damals nicht auf dem Gebiete des Bevölkerungsschutzes so gut wie möglich vorgesorgt gehabt. Gerade weil Nürnberg die Berechtigung eines Zivilschutzes bewiesen habe, müsse man in Anbetracht der ungewissen Zukunft auch heute wieder alles tun, was für einen wirksamen Bevölkerungsschutz erforderlich ist.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen gab Stadtrat Bleistein einen Überblick über den Stand der Zivilschutzmaßnahmen der Stadt.

Die Tagung, die unter der Leitung des Referenten für Aufklärung und Werbung, F. W. Dinger, stand, nahm einen günstigen Verlauf. Ganz besondere Bedeutung kam den Diskussionen nach den jeweiligen Referaten zu. Hier galt es, die vielfältigen Fragen, die im Zusammenhang mit der besonderen Problematik der Aufklärungs- und Werbearbeit als Auswirkung des kommenden Selbstschutzgesetzes gestellt wurden, erschöpfend zu beantworten und gleichzeitig realisierbare Wege zu weisen.

ÖSTERREICH

Nach der Neuwahl des Bundesvorstandes des Österreichischen Zivilschutzverbandes durch die Generalversammlung, setzt sich das Bundespräsidium jetzt wie folgt zusammen:

Präsident: Staatssekretär a. D. Franz Grubhofer, Vizepräsident: Stadtrat KR Rudolf Sigmund, Vizepräsident: NR Wilhelm Kindl, Vizepräsident: Dr. et Mr. Fritz Rotter-leBeau, Kassierer: Labg. Walter Mondl, Kassiererstellvertreter: Hans Lothar Käferböck, Schriftführer: Ing. V. K. Heinz, Schriftführerstellvertreter: Hannes Clausen. Der Generalsekretär des Österreichischen Zivilschutzverbandes ist Dir. Josef Hans.

Bis jeder Handgriff sitzt

Auf einem Werksgelände bei Geesthacht fand eine Übung des Luftschutzbergungsdienstes statt. Als Übungsgrundlage wurden leichtere Luftangriffe auf nahe gelegene Ortschaften angenommen. Übungszweck war die Überprüfung des Ausbildungsstandes der Helfer und Unterführer in den verschiedenen Arten der Bergung und in der Wahl der erforderlichen Geräte und Werkzeuge sowie deren Handhabung. Dazu gehörte die Bergung von Verletzten aus Höhen (unten) und mit Hilfe von Bohrgeräten auch aus Kellern (links, oberes Bild). Darunter: Spezialkraftfahrzeuge enthalten sämtliche notwendigen Hilfsmittel.

Zu unserem Rücktitel: Dies ist eines der beiden neuen Plakate, die während einer durch den Bundesluftschutzverband großangelegten Plakataktion Ende September – Anfang Oktober in der ganzen Bundesrepublik angeschlagen werden. Die Aktion ist eine der Maßnahmen der verstärkten Aufklärungsarbeit, die das Verständnis der Bundesbürger für kommende Gesetze fördern soll. Siehe hierzu den Leitartikel auf Seite 1 dieser Ausgabe.

leben
überleben
florian enass
Bundesluftschutzverband
durch Selbstschutz